

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 2. Oktober. Se. Majestät der König haben Allernachst befohlen: Dem Kammerleuth Hoppel im Bureau des Hauses der Abgeordneten den Rother Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Regierungs-Rath Sack in Magdeburg zum Ober-Regierungsrath; ferner den Waisenhaus- und Seminar-Direktor Wopke in Bamberg zum Konsistorial-Regierungs- und Schulrath bei der königlichen Regierung in Minden; sowie den Pfar- rer Kubejamen zu Franzburg zum Superintendenten der Diözese Franzburg zu ernennen, und dem General-Kommissions-Sekretär Friedrich Wilhelm Schulze zu Merseburg den Titel „Kammerleuth“ zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Müsel in Posen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen ernannt worden.

Der praktische Arzt Dr. J. Hülsmann ist zum Kreis-Physikus des Kreises Briem ernannt worden.

Der Lehrer Dr. J. Wennemer am Gymnasium zu Coesfeld ist zum Oberlehrer befördert worden.

Am Gymnasium zu Köslin ist die Anstellung des Schulanfänger-Kandidaten Dr. Bolz als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Der Lehrer Hafe ist bei dem Gymnasium zu Arnberg als Religionslehrer angestellt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Mittwoch 1. Oktober Nachmitt. Nach einer Weimarschen Korrespondenz des „Dresdner Journals“ sind nach Annahme des Lang-Josephschen Antrages, vier aktive sächsische Kammermitglieder und unter diesen der Vizepräsident Dehmichen aus der Weimarschen Versammlung ausgetreten, nachdem sie dem Direktorium die Erklärung überreicht hatten, sie könnten an einer Versammlung nicht Theil nehmen, deren Beschlüsse geeignet seien, den inneren Frieden einzelner deutschen Staaten zu bedrohen und durch welche der Weg zur deutschen Einheit nicht geebnet werde.

Belgrad, Mittwoch 1. Oktober. Der Ferman des Sultans, welcher die Annahme der Beschlüsse der zu Konstantinopel stattgehabten Konferenz ausdrückt, ist gestern dem hiesigen Pascha zugekommen, aber bisher noch nicht publiziert worden.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 1. Oktober. [Unsere Lage.] Kann man es wohl ernsthaft einen Stillstand der Waffen nennen, wenn die kämpfenden Theile zwar der offenen Feldschlacht vorübergehend entsagt haben, aber nur zu dem Zwecke, um in der Zwischenzeit die Waffen ohne Unterlaß zu schärfen, die Kräfte zu sammeln und zu verstärken? Nur mit Reserve wird man sich dem Glauben hingeben dürfen, daß ein Waffenstillstand, wie ihn Herr von Bismarck dem Abgeordnetenhaus durch Zurückziehung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1863 aufgetragen hat, ein Vorbote des Friedens und der Versöhnung sei. Zwar wird die gezielte Regelung der Heeres-Reorganisation oder vorläufig fortgesetzten Kriegsbereitschaft in Aussicht gestellt, jedoch unter Aufrechterhaltung der „Lebensbedingungen der Heeres-Reorganisation“. Ueber den Etat des laufenden Jahres und die bereits verworfenen Ausgaben der Reorganisation fehlt jede Erklärung der Regierung, man müßte denn die Ernennung Bodelschwinghs zum Finanzminister, die als vollzogen angesehen wird, als eine solche behandeln, und dann freilich nicht gerade im Sinne eines struppulösen Festhaltens an der Verfassung deuten. Auf solche Präliminarien hin wird die Majorität des Abgeordnetenhauses schwerlich Frieden schließen. Man muß sich aber berechtigt halten, bald neue Manifestationen zu erwarten. Gleich die erste Berührung des Abgeordnetenhauses mit dem neuen Premierminister, der Antrag von Frese, Waldeck und Genossen auf Ueberweisung der Erklärung der Staatsregierung an die Budgetkommission zur Berichterstattung zeigten von dem äußersten Mißtrauen gegen das Ministerium. Und aus der Forderung der Resolution, die wohl zum Beschluß erhoben wird, werden Sie ersahen haben, daß das Abgeordnetenhaus die ihm zugemessene letzte Frist seines Zusammenkommens noch nach Möglichkeit zu benutzen sucht, um im Voraus von ihm befürchtete Verfassungswidrigkeiten als solche zu konstatieren. Der erste Satz der Resolution ist so recht eigentlich, was man ein Votum des Mißtrauens nennt, und der zweite Satz kehrt seine Spitze aufs Schärffste gegen die Zurückziehung des Staatshaushaltsetats für 1863. Es ist kaum ein wesentlicher Unterschied, ob der Regierung die Berechtigung dieser Zurücknahme an sich bestritten oder die Letztere mit Rücksicht auf die Zeit, den bevorstehenden Schluß der laufenden, den vorwiegend im Jahre 1863 bevorstehenden Beginn der nächsten Session des Landtages mittelbar als verfassungswidrig erklärt wird. Im Uebrigen kann man auf Herrn v. Bismarck seit den vorgestrigen Sitzungen des Plenums und der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ein Wort anwenden, das schon manche Celebritäten empfindlich getroffen hat: Minuit praesentia famam. Man hatte immerhin erwartet, daß das erste Auftreten des vielgerühmten Staatsmannes Entschiedenheit, Sicherheit und Klarheit der Ziele nicht würde verfehlen lassen. Nach dem, was Augenzeugen davon erzählen, ist das Gegentheil ziemlich auffällig hervorgetreten.

AD Berlin, 1. Oktbr. [Möglichkeit einer Verständigung; das Ministerpersonal; Kurhessen und der preussisch-französische Handelsvertrag.] Schon das erste Auftreten des Herrn v. Bismarck in der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses hat den Gerüchten, welche ihn als den Vorkämpfer einer schroffen und rücksichtslosen Gavalpolitik hinstellen wollten, eine Art von Dementi gegeben. Seine Äußerungen in der Budgetkommission vervoll-

ständigen jenen Eindruck und lassen jeden Falls nicht den Verdacht aufkommen, daß der neue Ministerpräsident darauf ausgeht, den zwischen der Regierung und der Kammer bestehenden Konflikt absichtlich bis zu den äußersten Konsequenzen zu treiben, um die vielbesprochene „Lücke in der Verfassung“ zu konstatieren und für Otkroizungszwecke auszubenten. Manderlei Anzeichen deuten darauf hin, daß Hr. v. Bismarck, wenn er auch vor der Verantwortlichkeit ersterer Eventualitäten nicht zurückweicht, doch zunächst den Versuch einer Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus in die Hand nehmen will. So erklärt sich auch die Zusage einer Vorlage wegen gesetzlicher Regelung der allgemeinen Wehrpflicht und das Bekennen zu dem Grundsatz, daß in der Regel die Vorlegung des Staatshaushalts-Etats vor Beginn des Budgetjahres erfolgen soll. Auf welchen Grundlagen aber eine Verständigung mit der Kammer versucht werden soll, darüber schwebt noch ein undurchdringliches Dunkel. Man glaubt, daß die Regierung Gelegenheit zu einer erneuten Kundgebung haben wird, wenn das Budget, wie zu erwarten steht, aus dem Herrenhause an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen wird. Außer allem Zweifel ist schon jetzt, daß die Kammer dem Verfahren des Herrenhauses keine Folge geben und sogar die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Schrittes bestritten wird.

Das Personal des Bismarck'schen Ministeriums ist noch immer nicht vollständig, da die Verhandlungen mit Herrn v. Bodelschwingh und mit dem Grafen Eulenburg noch schweben. Der Eintritt des Erstgenannten in das Finanzdepartement wird als ziemlich gesichert angesehen, während Graf Eulenburg wenig Geneigtheit zur Uebernahme eines Portefeuilles zeigen soll. Ueber die Bestimmung des Grafen Bernstorff hört man fast täglich eine andere Version. Vor Kurzem galt seine Ernennung zum Botschafter am Tuilerienhofe für ausgemacht. Heute wird mir versichert, der Graf wünscht die Rückkehr auf seinen Posten in London, woselbst zur Zeit noch seine Familie verweilt. — Der Jubel süddeutscher Blätter über den angeblich vollständigen Uebergang der kurhessischen Regierung in das Würzburger Lager dürfte etwas voreilig sein. In Sachen der preussisch-französischen Handelsvereinbarungen hat das dortige Ministerium sich entschieden für den Beitritt zum Verträge ausgesprochen, das weiß man hier aus authentischen Mittheilungen.

[Berlin, 1. Oktober. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König wird, wie schon gemeldet, am Freitag früh aus Baden zurück erwartet; bis jetzt ist wenigstens noch nicht die Anzeige hier eingegangen, daß die Rückreise verschoben worden sei. Der Kronprinz hat heute bereits den großherzoglichen Hof wieder verlassen und ist nach Coburg abgereist, wo er mit der Königin von England und seiner Gemahlin zusammentrifft. In Baden-Baden soll über die kronprinzliche Reise nach der Schweiz z. B. Beschluß gefaßt worden sein. In einigen Tagen gedenkt der Kronprinz von Coburg nach Berlin zu kommen. Die drei Kinder bleiben bis zur Abreise der Königin Victoria in Coburg und treffen alsdann mit der Ober-Gouvernante Fräulein v. Dobeneck hier ein. — Ende der Woche kehrt der Prinz Karl von seiner mehrwöchentlichen Reise nach Paris wieder nach Schloß Glienicke zurück und gleichzeitig werden in Potsdam auch der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Karl aus Mecklenburg und dem Seebade zurück erwartet. Im Laufe der nächsten Woche wollen die hohen Herrschaften von Potsdam nach Berlin übersiedeln und für die Wintermonate bei uns ihre Residenz nehmen. In Potsdam bleibt nur die Königin-Wittve zurück, die sich nun einmal von Schloß Sanssouci nicht trennen kann. Heute war bei der hohen Frau Tafel, an welcher die Frau Prinzessin Karl, der Prinz von Wisa, der Prinz Wilhelm von Baden und andere fürstliche Personen erschienen. — Der Prinz Albrecht Sohn, welcher sich jetzt auf der Reise von England nach Frankreich befindet, wird in etwa 10 Tagen von Paris hier eintreffen. Um diese Zeit kommt auch seine Schwester, die Prinzessin Alexandrine vom Schlosse Muskau nach Berlin.

Von dem Tage an, wo Herr v. Bismarck die Leitung des Kabinetts übernommen hat, hält er theils mit allen, theils mit den einzelnen Ministern Berathungen ab. In letzter Zeit war der Ministerpräsident fast täglich mit dem Kriegsminister und mit dem neuernannten Finanzminister v. Bodelschwingh zusammen. Dies neue Kabinettsmitglied wird schon in den nächsten Tagen das Hotel des Finanzministeriums beziehen und sich alsdann nach dem Schluß der nahe bevorstehenden Kammer-session auf kurze Zeit nach Schloß Heyde in Westfalen begeben. Herr v. Holzbrink hat noch keinen Nachfolger, doch ist Herr v. Bismarck darauf bedacht, ihm recht bald einen solchen zu geben. Namen werden noch nicht genannt. — Der Namenstag des österreichischen Kaisers soll am Sonnabend im österreichischen Gesandtschaftshotel durch ein Diner gefeiert werden. Der Vertreter der Gesandtschaft, Graf Chotek, hat dazu Einladungen ergehen lassen, doch ist noch nicht bekannt, in welcher Ausdehnung dieselben erfolgt sind. — Seit einigen Tagen langen hier starke Rekrutentransporte aus den Provinzen an; diese Mannschaften sind für die Garberegimenter bestimmt. — Unsere geachtete Schauspielerin Frau Riedke, Tochter der gefeierten Künstlerin Crelinger, liegt seit mehreren Wochen am gastrisch-nervösen Fieber schwer krank darnieder. Heute Mittags nahm die Krankheit der Patientin eine so bedenkliche Wendung, daß man jeden Augenblick ihr Ableben befürchtete. Ihr Gatte, der Hofschauspieler Riedke, war deshalb außer Stande, heute Abends in dem Lustspiele „Rosenmüller und Finte“ aufzutreten, und übernahm aus besonderer Gefälligkeit Herr Karlowa diese Rolle.

[Hr. v. d. Heydt.] In der „Erfelder Zeitung“ lesen wir: „Ueber Herrn v. d. Heydts Schritte erzählt man sich in gut unterrichteten Kreisen, daß er seine Ansichten über die Situation nicht mündlich, sondern in einem Promemoria vorgelegt habe. Als den besten und empfehlenswertheften der drei Wege, welche man einschlagen könne, bezeichnete er die Annahme der zweijährigen Dienstzeit und mehrere Herabsetzungen im Militäretat; derselbe werde, fügte er hinzu, zur Einigung führen. Weniger zweckmäßig, aber doch noch verfassungsmäßig erschien ihm die Auflösung des Abgeordnetenhauses; auch dazu erklärt er als Minister noch mitwirken zu wollen. Der dritte Weg bestehe darin, daß man die Beschlüsse der Volksvertretung unbeachtet lasse und ohne Budget fort-

regiere. Derselbe sei nicht bloß bedenklich, sondern verstoße auch gegen die Verfassung. Er habe die Ausgaben bisher in gutem Glauben geleistet, dieser gute Glaube könne nun aber nicht mehr fortbestehen. Sollte der dritte Weg wirklich eingeschlagen werden, so müßte er um seine Entlassung bitten. Am folgenden Tage kam das Promemoria mit der Randbemerkung „nicht angenommen“ zurück, und als Herr v. d. Heydt von Bismarck gegenüber bei seiner Erklärung beharrte, erfolgte, wie sich erwarten ließ, ungekürzt die erbetene Entlassung, die, trotzdem er noch fortverwaltet, keineswegs eine gnädige war.“ — Die feudale Korrespondenz freit sich, daß der „Kaufmann“ v. d. Heydt aus dem Ministerium beseitigt ist. Das Ministerium ist auch darin jetzt ein einheitliches, daß es von „bürgerlichen“ Elementen gänzlich gereinigt ist.

— Alfred v. Auerswald hat ein Schreiben an seinen Wahlkreis gerichtet, in dem er sich zum Schluß dahin ausspricht: „Der Antrag (Stavengagen), welchem ich mit meinen Freunden mich angeschlossen, geht einfach auf die Sache, sucht, Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide, im Interesse des Landes eine den Verhältnissen entsprechende Regelung des Budgets herbeizuführen, mit Mitteln, welche wir für sach- und verfassungsgemäß hielten und noch halten. Geling es zugleich, auf diesem Wege eine Ausgleichung beklagenswerther Konflikte anzubahnen, so sollten Alle, welchen das Wort „Ausgleichung“ da bedenklich erscheinen mag, wo es sich nur um Vertretung von Rechten zu handeln scheint, doch das Zeugniß der Geschichte beibringen. Sie lehrt, daß bei allen inneren Konflikten, bei Konflikten, wo Macht und Berechtigung sich wirklich oder vermeintlich gegenüberstehen, niemals ein dauerndes und gesichertes Verhältniß begründet worden ist, wo ein Theil vollkommen unterlag, sondern nur da, wo im Wege der Ausgleichung beide Theile bei dem stärkenden Gefühl bewußt und berechtigt gebrachter Opfer auch das befriedigende Gefühl eines Erfolges bewahren durften.“

— [Entwurf eines Gewerbegesetzes.] Bekanntlich war aus dem freien volkswirtschaftlichen Verein, welcher sich im Abgeordnetenhaus gebildet hat und welchem die bedeutendsten volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Kräfte des Hauses, unter Anderen die Abgeordneten Rönne (Solingen), Schulze (Berlin), Prince-Smith, Dr. Jauch, Dr. Ziegert, Dr. Becker (Bochum), Michaelis, Müller (Anklam), Reichenheim, Köppl (Danzig), Lette, Dr. Schubert, Dr. Siemens (Rempe), Overweg angehören, der Entwurf zu einem umfassenden neuen Gewerbegesetz für Preußen hervorgegangen. Die Kommission für Handel und Gewerbe hat so eben ihren Bericht über den Entwurf vollendet und dem Abgeordnetenhaus im Anschluß daran eine umfassende Vorlage gemacht. Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Ziegert. Wir machen im Voraus auf die Arbeit der Kommission, welche dem Vernehmen nach auch im Buchhandel erscheinen wird, aufmerksam. Es ist darin unter Berücksichtigung der Gewerbeverordnungen Englands, Frankreichs und der deutschen Staaten, welche in der neuesten Zeit die Bahn der Gewerbefreiheit beschritten haben, ein mit den reichsten und gründlichsten Motiven ausgestattetes Gewerbegesetz vorgelegt, welches dem öffentlichen Bedürfnis vollkommen entspricht und auf den eine Zeit lang verlassenen Prinzipien beruht, denen Preußen einst seine Regeneration in wirtschaftlicher und materieller Beziehung verdankte. (R. Z.)

— [Die Militär-Schießschule] in Spandau ist gestern nach Beendigung des Lehrturfus wieder aufgelöst worden, und sind die Mannschaften, bis auf einen in Spandau verbleibenden Stamm von pr. Armeekorps 1 Unteroffizier und pr. Regiment 1 Mann, heute zu ihren Truppentheilen zurückgeführt. Der nächste Lehrturfus für die Infanterie beginnt am 1. April f. J. und dauert wieder 1/2 Jahr; im Februar f. J. beginnt ein sechswöchentlicher Lehrturfus für Kavallerie.

— [Die Stellung der Militärärzte.] Die Manque-ments im ärztlichen Personal der Armee, die sich nach der neuesten Rang- und Quartierliste herausstellen, sind ausschließlich der schlechten Stellung des preussischen Militärarztes zuzuschreiben. Schon der Chef mit dem Oberstenrang und 2500 Thlr. Gehalt hat keine bessere Stellung als der Chef des hannoverschen Medicinalwesens, dessen Wirkungskreis doch nur dem eines preussischen Divisionsarztes entsprechen würde. Dann haben die Korps-Generalärzte, als Vorstände des Medicinalwesens eines Armeekorps, nur Majorsrang, aber ohne die vollständigen Kompetenzen; denn statt 1800 Thlr. haben sie nur 1500 Thlr. Gehalt, auf Reisen statt 3 Thlr. nur 2 1/2 Thlr. Diäten und statt 1 1/2 Thlr. nur 1 Thlr. Postmeilengeld. Wegen der wenigen (11) Generalarztstellen sind diese aber auch im gewöhnlichen Verlaufe der Karriere so gut wie unerreichbar. Als höchstes Ziel für den Militärarzt ist vielmehr die Oberstabsarztstelle, deren es 138 giebt, zu betrachten, welche mit dem Hauptmannsrank in 22 Stellen 1200 Thlr., in 77: 1000, in 30: 900 und in 9: 700 Thlr. bietet. Die nächstfolgende Stellung ist die des Stabsarztes, welche mit Premierlieutenantsrang in 20 Stellen 600, in 37: 500, in 77: 400 und in 70 nur 300 Thlr. Gehalt gewährt. Der Assistenzarzt endlich hat Sekondelieutenantsrang und 240 Thlr. Gehalt. Den Offizieren gegenüber rangirt der Militärarzt nicht nach dem Datum seines Patents, sondern bleibt immer der jüngste seines Ranges. Eben so wenig hat er andere Kompetenzen, wie Burschen, Tischgelder, militärische Honneurs zc. zu beanspruchen. Denkt man sich nun einen promovierten Arzt durchschnittlich in dem Alter von 25 Jahren als Assistenzarzt eintretend, so wird er bei Annahme von jährlich 40 Avancements 12 Jahre nothwendig haben, bis er Stabsarzt mit Prem.-Lieut.-rang und 300 Thlrn. Gehalt wird. Weitere 7 Jahre sind bei Annahme von 10 Avancements nothwendig, bis er 400, 11 Jahre, bis er 500 Thlr. erhält, welche ihm also erst in einem Alter von 55 Jahren zufließen. 600 Thlr. werden die wenigsten jemals erreichen und eine Oberstabsarztstelle kann nur durch Bevorzugung erlangt werden, weil die reine Anciennetät erst dann dazu gelangen ließe, wenn die Unfähigkeit zum Amte durch Altersschwäche eingetreten wäre. Diese Sachlage muß also die militärärztliche Karriere mehr abschreckend als anziehend erscheinen lassen und ist gewiß ein hinreichender Grund, tüchtige Ärzte von dem Eintritt in die Armee abzuhalten. Im Interesse der Armee aber, namentlich für

den Kriegsfall, liegt es gewiß, diesem gewichtigen Uebelstande durch eine gründliche Besserung der militärärztlichen Stellung in Preußen recht bald Abhilfe zu verschaffen.

Österreich. Wien, 29. Sept. [Verurtheilung.] Der Verfasser der vor einigen Monaten konfiscirten Broschüre „Organisatorische Donnerkeile“, ein Officier der hiesigen Garnison, ist vor einigen Tagen vom Militärgericht zu einer mehrmonatlichen Festungsstrafe verurtheilt worden. (N. u. N.-Z.)

Mohrungen. 29. Sept. [Montreprocès.] Die Untersuchung gegen die Wühlhauser Tumultuanten nähert sich ihrem Ende. Es sind im Ganzen gegen 80 Zeugen zu vernehmen, von denen die größere Zahl bereits abgehört ist. Der Schluß der Sitzung dürfte morgen oder übermorgen bevorstehen.

Österreich. Wien, 29. Sept. [Verschiedenes.] Der Kaiser und die Kaiserin haben gestern die Vorstellung im Hofopertheater besucht und sind mit stürmischem Jubel, der mehrere Minuten andauerte, empfangen worden. — Der Finanzausschuß hat beschloffen darauf anzutragen, die von der Bank dem Staate darguleihenden 80 Millionen vom Tage der Aufnahme der Baarzahlungen an mit zwei Prozent zu verzinsen. — Die Jesuiten in Feldkirch haben bekanntlich beim Ministerium die Bitte eingereicht, den Unterricht am dortigen Gymnasium nach ihrem bisherigen System fortführen zu dürfen. Die „Schützeng.“ fügt dem bei, „daß dieser Bitte gutem Vernehmen nach von Seiten des Ministeriums gewillfahrt worden sei.“

— [Der Ministerwechsel in Preußen.] Wie man erzählt, hat auf der hiesigen türkischen Legation der in Berlin eingetretene Ministerwechsel keinen günstigen Eindruck gemacht. Man fürchtet, Herr v. Bismarck, den nun einmal ein politisches Mythengebeude zu einem Affilierten der russisch-französischen Politik gemacht hat, werde auch in den orientalischen Fragen Preußen auf die Wege dieser beiden Mächte lenken. Zu leugnen ist allerdings nicht, vorausgesetzt, daß die Hingebung des preussischen Premiers an die Ideen der russisch-französischen Allianz ein Faktum und nicht bloß Sage ist, für keine der schwebenden politischen Fragen würde die in Berlin eingetretene Personalveränderung die Bedeutung haben, wie für die orientalische. Preußen, schon geographisch ein Mittelglied zwischen Rußland und Frankreich, würde für die künftige Entwicklung der Dinge des Orients auch politisch das Zünglein der Wage sein. (W. Z.)

Wien. 1. Oktober. In der gestrigen Abend Sitzung des Finanzausschusses ist das Uebereinkommen des Staates mit der Bank berathen worden. Es wurde beschloffen, daß die Bank die Baarzahlungen im Jahre 1867 aufgenommen habe.

Bayern. München, 30. September. [Handelstag.] Die „Bank- und H.-Ztg.“ läßt sich von hier mittheilen, daß die hiesige Regierung irgend einen Coup beabsichtige, um den Handelstag für ihre Handelspolitik zu gewinnen.

München. 1. Oktober. [Explosion.] Heute Vormittag ist die kleine Militär-Pulvermühle in der Baumstraße in die Luft geflogen; dabei wurden 3 Personen unbedeutend beschädigt. Das Gebäude und die Fenster der umliegenden Häuser sind zerstört worden.

Großbritannien und Irland.

London. 29. September. [Tagesbericht.] Der dieser Tage veröffentlichte amtliche Handels-Ausweis für den Monat August zeigt, daß selbst die Baumwollkrisis den Gesamtcharakter des britischen Handels nur auf kurze Zeit ernstlich zu affigiren vermochte, indem das Stocken in einem Verkehrs-Zweige durch erhöhte Kraftanstrengungen in anderen ersetzt wurde. — In der „Times“ berichtet ein englischer Schiffskapitän als Augenzeuge über die am 10. Septbr. bei Flores (westlichste der Azoren) erfolgte Wegnahme eines Schooners der Vereinigten Staaten durch den konföderirten Kriegsdampfer „Alabama“. Das letztere Fahrzeug ward vom Kapitän Semmes, dem ehemaligen Befehlshaber des Raperschiffes „Sumter“, das seiner Zeit so viel von sich reden machte, befehligt. Vorher hatte die „Alabama“ 4 Wallfischfahrer genommen und verbrannt. — Während eines gestern im Hyde Park stattfindenden Garibaldi-Meetings, an dem sich etwa 20,000 Personen beteiligten, kam es zu Händeln, welche dadurch veranlaßt wurden, daß ungefähr 500 Irländer den Ruf: Es lebe der Papst! erschallen ließen. Mehrere Personen wurden vernundet. Ein heftiger Regen stellte die Ruhe wieder her und die Versammlung ward auf nächsten Sonntag vertagt. (S. Nr. 228.) Auch in den Hauptstädten der Provinz haben Garibaldi-Meetings stattgefunden. In Preston war das Theater der Versammlungsort. Es wurden dafelbst Resolutionen zu Gunsten Garibaldi's und der Räumung Roms votirt.

London. 30. Septbr. [Telegr.] Die heutige „Times“ kritisiert die Weimarer Resolutionen als durchaus unpraktisch. Eine freie Konföderation sei unerreichbar, so lange eine despotische Kleinstaatserei fortbestehe. Hauptaufgabe der deutschen Politik wäre, Reformen in den Einzelstaaten anzubahnen, damit ein freier, mächtiger Bundesstaat entstehen könne.

Das Arsenikessen.

Von Dr. Heinrich Mahler.

(Schluß aus Nr. 225.)

Die eigenthümlichste Wirkung des Arsenikgenusses ist nun an Bergsteigern in der Schweiz und Tirol beobachtet worden, wie im Eingange zu unserem Aufsatz bereits angedeutet wurde. Die Bergsteiger haben geradezu den Beweis geliefert, daß man sich an ein korrosives (die körperlichen Gefäße zerstörendes) Gift gewöhnen kann, und ein solches ist der Arsenik unzweifelhaft. Die guten Leute genießen dieses fürchterliche Gift in wahrhaft enormen Quantitäten, natürlich aus Furcht vor dem Gesehe geheim; aber ihre Verehrung des Arseniks ist ein öffentliches Geheimniß.

Der bekannte Naturforscher, Chemiker und Reisende Ernst, Freiherr von Vibra, hat in seinem vortrefflich geschriebenen Buche „Die narkotika Genußmittel und der Mensch“ auch über den Arsenikgenuß überaus interessante Beobachtungen mitgetheilt. Nach ihm ist die Wirkung dieses Giftes dem Coca der Peruaner ähnlich: es erheitert das Gemüth, giebt den Müden Munterkeit, erleichtert das Athmen und beugt der Erschöpfung vor, bringt also vollständig das, was der Bergsteiger bei seinem beschwerlichen Gewerbe brauchen kann. Bei jungen Leuten ist diese Wirkung eine noch auffallendere: er macht die Formen rundlich, den Teint weiß und sammetartig, den Wangen giebt er ein sanftes Roth, verleiht überhaupt im Ganzen ein blühendes kräftiges Aussehen. Es ist kein Wunder, daß darum auch bei jungen Leuten das Gift als außerordentlich wirkendes Schönheitsmittel in großem Ansehen steht; — wissen doch auch die zarten englischen Ladies recht gut, daß Belladonna die Pupille vergrößert und somit ein feuriges glänzen-

Paris, 29. Sept. [Hr. v. Bismarck; Verurtheilung; Geschwader nach Japan.] Herr v. Bismarck-Schönhausen wird vom „Moniteur“ heute mit großer Anerkennung besprochen. Der Münchener Korrespondent des amtlichen Blattes sagt von ihm: „Das bisherige Verhalten des neuen Ministerpräsidenten giebt allen Grund zu der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, die edle Aufgabe, welche ihm gestellt worden, zu lösen, nämlich die Leidenschaften und die Verstimmlung der Parteien zu beschwichtigen und sie auf den Boden der Versöhnung zu leiten, zum höchsten Wohle Preußens und auch Deutschlands. Die Ernennung des Herrn v. Bismarck wird, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, keine vereinzelte Thatsache bleiben können, sondern mit Nothwendigkeit noch weitere Aenderungen des Kabinetts nach sich ziehen müssen. Es ist übrigens heute nur eine einzige Frage aufzuwerfen, aber sie beherrscht alle anderen Hypothesen: wird Herr v. Bismarck mit oder ohne die gegenwärtige Kammer regieren? Das ist das wichtige Problem, welches zu lösen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Minister durch passende und kluge Konzeptionen sich mit der Fortschrittsmajorität zu arrangiren suchen, indem er an deren Patriotismus, an die Treue der Nation zur Krone und vor Allem daran appellirt, daß eine Uebereinstimmung zwischen den Staatsgewalten zum Heile Preußens in den bedenklichen Umständen, in denen dasselbe sich jetzt befindet, ein unerläßliches Bedürfnis ist.“ — Heute wurde das Urtheil in Sachen der 22, der Koalition wegen Arbeitseinstellung angeklagten Schriftsteller gesprochen. Zwei von ihnen wurden freigesprochen, neun zu 10tägiger, zwei zu 14tägiger, und die neun Mitglieder des Typographen-Komite's zu 1monatlicher Gefängnisstrafe, Alle außerdem zu je 16 Frs. Geldbuße und solidarisirlich in die Kosten verurtheilt. — Das französische Geschwader in China hat Befehl erhalten, sich nach Japan zu begeben, wo verschiedene Chefs europäischer Gesandtschaften in Folge von Angriffen sich unter den Schutz der auf der Rade liegenden Schiffe begeben mußten.

— [Die römische Frage.] Die Meinung, daß eine Entscheidung in Betreff der römischen Frage nahe bevorstehe und daß der „Moniteur“ in Kurzem sprechen werde, befestigt sich mehr und mehr selbst in den Kreisen, wo man bisher am wenigsten daran glauben wollte. Herr Benedetti soll vor seiner Abreise nach Turin hier Aeußerungen gethan haben, welche für Turin nicht ungünstig lauten. Dazu kommt, daß der „Constitutionnel“ morgen die kürzlich ausgesprochene Idee von Neuem entwickeln wird. Da dieses Blatt unmöglich anders als mit Genehmigung des Herrn v. Persigny schreiben kann, so verdient der Artikel des Herrn Paulin Limayrac sehr ernste Beachtung. Der Sinn des Artikels soll eben der sein, daß Frankreich weder dem Papste seine Provinzen garantirt, noch den Italienern Rom versprochen hat, daß über die Regierung Roms der Papst und seine Unterthanen zu verfügen haben. Das heißt also, Frankreich zieht seine Truppen zurück, die Piemontesen bleiben draußen und der Papst mag zusehen, wie er mit eigenen Kräften die Römer bezwingt und regiert. Hr. v. Persigny würde wohl kaum diese seine Lösung noch einmal in Erinnerung bringen, wenn die Dinge nicht eine Wendung nach dieser Richtung zu nähmen. Allerdings darf man nicht voreilig die italienische Sache als gewonnen betrachten; die liberale Partei ist noch nicht besiegt und es wird noch harte Kämpfe kosten. Die „Times“ richtet an den Senator Lagueronniere ein Epigramm, welches den Franzosen ungemein mundet, weil es gar nicht aus englischer Feder herzustammen scheint; die „Times“ meint nämlich, Hr. Lagueronniere sei bisher „Jupiters Adler“ gewesen und sei jetzt nur noch „Junos Pfau“. Treffenderes ist über die Politik der „France“ bis jetzt nicht gesagt worden. (N. Z.)

Paris, 30. Sept. [Aus Vera-Cruz], 1. Septbr., wird gemeldet, daß die afrikanischen Jäger und Zuaven am 23. August dafelbst eingetroffen waren und schon die Guerilla's, gegen die sie einen Streifzug unternommen, in die Flucht geschlagen hatten. Der Nachfolger Doblado's ist ein entschiedener Radikaler.

Italien.

Turin, 27. Septbr. [Das Ministerium; Prinz Napoleon; die Amnestie.] Die Neugestaltung des Kabinetts tritt allmählich bestimmter hervor. Daß Minghetti ebenfalls in dasselbe übergehen wird, hält man für sehr wahrscheinlich; möglicher Weise übernimmt er das Portefeuille der Finanzen. — Die Reise des Prinzen Napoleon, wenn auch durchaus nicht offiziell, gewinnt eine steigende politische Bedeutung; es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die neue Wendung in Paris durch dieselbe mindestens beschleunigt worden. Man versichert sogar, die Prinzessin Clotilde habe dem Kaiser einen Brief geschrieben, der auf seine Entschließung einen wesentlichen Einfluß geübt habe. — Endlich ist man auch in der Amnestiefrage auf bessere Gedanken gekommen, und hierbei hat der Einfluß des Prinzen Napoleon, der noch heute eine lange Konferenz mit Rattazzi hatte, wesentlich mitgewirkt. Man kann als ziemlich gewiß annehmen, daß das betreffende Dekret in den nächsten Tagen unterzeichnet werden wird. (R. Z.)

des Auge giebt. Schon manche schöne Lords- und Carls-Tochter hat ihre Eitelkeit mit dem Leben bezahlen müssen. Vielen arsenikessenden Damen mag es nicht besser ergangen sein.

So erzählt Tschudi von einem schönen, aber blassen und schwächlichen Mädchen, das über die letzteren beiden Eigenschaften stets höchst unglücklich war. Um ihrem Bräutigam immer besser zu gefallen, gedachte auch sie auf den Rath irgend einer alten Sibylle die wunderbaren Wirkungen des Arseniks sich heimlich zu Nuzen zu machen. Sie begann mit einem Achtelgran und steigerte die Quantität sehr bald auf einen halben. Bei anhaltender Bewegung in der frischen Bergluft zeigten sich auch sehr bald überraschende Resultate. Wer war nun glücklicher als die kleine eitle Braut! Je mehr aber der Mensch hat, je mehr will er bekanntlich. Die Unglückliche steigerte die Quantität zu plötzlich und überhaupt in einem zu hohen Grade, die Wirkung ward eine andere und das erst blass und schwächliche, dann blühende und volle Mädchen lag bald als bleiche Braut des Todes in dem schwarzen Schrein. Erst nach ihrem Tode erfuhr man, daß sie in den letzten Tagen stets 1½ Gran auf einmal genossen hatte.

Wir möchten auf dieses warnende Beispiel verweisen, wenn eine oder die andere unserer lebenswürdigen Leserinnen versuchen sollte gleichen Ursachen vielleicht auf gleiche Weise wie das Schweizermädchen zu begegnen. Die in Vorstehendem angeführten merkwürdigen Wirkungen des Arseniks sind bis heute noch nicht genügend erklärt. Und alle Aerzte, die Arsenikesser zu beobachten Gelegenheit hatten, sind über die bei den Bergsteigern nachweislich eintretende nicht nur vorübergehende, sondern dauernde Kräftigung durch den mäßigen Genuß des Giftes erstaunt. Die Bergsteiger essen den Arsenik nicht wie wir es in der Hütte gethan hatten, in Pulverform zum Butterbrote, sondern nehmen ihn in kleinen Stückchen, ähnlich dem Randis, und lassen ihn im Munde langsam zergehen.

Turin, 29. Sept. Heute Mittag 1 Uhr ist die junge Königin von Portugal in Genua zu Schiff gegangen, um direkt nach Lissabon zu fahren. Ihr königlicher Vater traf um 5 Uhr Abends wieder hier ein.

Mailand. 29. Septbr. [Freisprechung.] Einer Meldung des „Movimento“ zufolge wurden Oberst Cattabeni, Kapitän Tarabotto nebst Anderen in den bekannten Prozeß Parodi Verwickelten durch Urtheil des Appellationsgerichts in Freiheit gesetzt.

Rußland und Polen.

Warschau, 29. Septbr. [Berichtigung.] Der „Dziennik pomorski“ enthält in seinem amtlichen Theil Folgendes: „Auf Grund hiesiger Korrespondenzen haben auswärtige Blätter die Nachricht verbreitet, daß die Berufung einer Anzahl von Grundbesitzern nach Warschau Befehl Ueberreichung einer Adresse in Folge einer Ermächtigung geschehen sei, welche Sr. k. Hoheit der Großfürst dem Grafen Zamojsti ertheilt habe. Da diese Nachricht durchaus falsch ist, so lag der Regierung Sr. k. Hoheit daran, daß die öffentliche Meinung durch dergleichen böswillige Erfindungen nicht irre geleitet würde. Der Graf Zamojsti daher aufgefordert, jene Nachricht zu berichtigen, hat unter dem 23. September folgende formelle Erklärung niedergegeschrieben: „Ich beehre mich zu erklären, daß ich von Sr. k. Hoheit keinerlei Ermächtigung erhalten und auch Niemanden berufen habe.“

— Der „Schlesischen Zeitung“ wird von hier geschrieben: Da vor einigen Tagen in auswärtigen Blättern von der „wohlverdienten Popularität Zamojsti's“ die Rede war, so glaube ich, daß es Ihren Lesern zum besseren Verständniß hiesiger Verhältnisse nicht uninteressant sein wird, zu erfahren, welches die Quelle dieser Popularität ist. Graf Andreas Zamojsti, ein sehr reicher, wenn auch nicht der reichste der polnischen Magnaten, hat sich zu einer Zeit — d. i. namentlich während der Regierung des vorigen Kaisers, — wo alles politische und nationale Leben hier unterdrückt und unmöglich gemacht war, bei verschiedenen industriellen Unternehmungen zur Hebung des materiellen Wohlstandes des Landes theilhaftig und die Initiative dazu ergriffen; so z. B. in Betreff der Dampfschiffahrt auf hiesigen Flüssen, bei Errichtung einer Maschinenfabrik, beim Bergbau etc. Es war ein neues Schauspiel, den Namen eines großen historischen Geschlechts namentlich in Polen als Handelsfirma „Zamojsti und Comp.“ figuriren zu sehen, während der größte Theil, ja fast der ganze polnische Magnatenstand nichts Besseres zu thun wußte, als sein Geld in Paris zu verzehren, Ballettänzerinnen zu protegiren etc. Insofern ist also wirklich die Popularität Zamojsti's eine nicht unbediente. Andererseits muß man aber auch erwähnen, daß er die Sache mehr in der Art eines grand seigneur trieb, der sich gern den Namen eines Mäcen der Industrie erwerben wollte, da die Zeit der Kunstmühen dahin war. Gleichwohl wurde ihm der gute Wille sehr hoch angerechnet, und bei der Bildung der großen bei Wielopolski's erstem Auftreten wieder aufgelösten landwirtschaftlichen Gesellschaft wurde er zu deren Präsidenten ernannt. Damals hätte es sich zeigen müssen, ob er der Mann der Zukunft war, die Rolle, die Wielopolski spielt, hatte er damals in Händen; der Erfolg hat aber bewiesen, daß er derselben durchaus nicht gewachsen war. Ja selbst in dieser Gesellschaft schon hat er keine wirklich leitende Rolle gespielt, sondern sich selbst, die Verantwortung scheuend, so viel wie möglich in den Hintergrund gestellt. Heute gilt er bei Allen, selbst bei seiner eigenen Partei, für keine geistige Capacität. Man brauchte einen Namen, und er war eben nur dieser Name. Welche bedeutende Rolle Namen häufig bei politischen Ereignissen spielen, ist ja bekannt.

— [Strenge Maßregeln.] Der „Dzisee Ztg.“ schreibt man von hier: „Mehrere Male habe ich schon darauf hingewiesen, daß Markgraf Wielopolski in seinem Verfahren gegen schlaffe oder widerspenstige Beamte energisch auftritt. Eine kürzlich vorgekommene Thatsache liefert dazu einen neuen Beleg. Zwölf Meilen von hier am Bug in Prostytnia im Ploker Gouvernement werden im dortigen Kloster stark befeuchtete Ablässe gehalten, wozu sich vorige Woche an dem bedeutendsten Ablassstage eine große Volksmenge eingefunden hatte, weil man von Seiten der „Patrioten“ gleichzeitig eine Todtenfeier für die hingerichteten Verbrecher zu veranstalten beabsichtigte und keinem Hindernis an einem, von allen größeren Städten entlegenen Orte zu begegnen hoffte. Indessen hatte die Regierung sowie der Erzbischof Felinski Aehnliches vorausgesehen und es waren Gegenmaßregeln ergriffen, und Verbote Seitens der Erzbischöfe ergangen. Die Versammlung begnügte sich nun mit dem Absingen der bekannten verbotenen Lieder, worauf das Militär einschritt und viele Personen verhaftete, besonders Frauen. Auf die hiervon empfangene amtliche Anzeige hat der Chef der Civilverwaltung Markgraf Wielopolski zwar die Freilassung der Frauen verfügt, aber auf Grund der früher an die Beamten ergangenen Verwarnung wegen Theilnahme ihrer Familienglieder an allen Demonstrationen ist den Männern dieser Frauen, welche Staatsdiener sind, der Abschied ohne Weiteres ertheilt worden. Gleiches soll gegen Offiziere und Militärbeamte, deren Frauen ausauße-

Es würde sich für medizinische Kapazitäten wirklich der Mühe lohnen den Umständen nachzuforschen, unter welchen es den Arsenikessern möglich wurde an das Gift sich zu gewöhnen. Vibra sagt: „Tritt vielleicht durch den anfänglich in geringen Quantitäten genommenen Arsenik eine Verdickung der Schleimhäute ein, welche schützend gegen die späteren größeren Mengen auftritt und die zerstörende Wirkung des Arseniks hemmt? Sektionsbefunde an allen Arsenikessern, welche nachweisbar nicht in Folge ihrer Gewohnheit gestorben sind, müssen hierüber ohne Zweifel Anhaltspunkte geben, an welche sich sehr wahrscheinlich erfolgreiche weitere Forschungen knüpfen ließen.“ So viel über das Gewöhnen an das Gift. Schwerer wird die physiologische Erklärung der wunderbaren Wirkung. Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Annahme für sich, daß Arsenik, in kleinen Dosen genommen, den Stoffwechsel im thierischen Körper verlangsamt. Dadurch wäre auch das Fettwerden und die Respirationserleichterung erklärt.

Vor der Hand aber möchten wir mageren und hageren Hypochondern den Arsenikgenuß doch noch nicht als Medikament empfehlen, sondern im Gegentheil zu erhöhter Vorsicht sowohl beim Verkauf des Giftes als bei der Anwendung desselben in Gewerben mahnen. In einem Städtchen der Mark vergiftete sich im vorigen Jahre das Kind eines Barbiers mit Arsenikpulver, das es für Zucker hielt. Der unachtsame Vater hatte eine große Büchse mit Arsenik offen dastehen lassen; er selbst verwechselte sich aus der Apotheke in beliebigen Quantitäten das Gift, das er beim Ausstopfen von Vögeln brauchte, welche Beschäftigung er zu seinem Vergnügen neben seinem Gewerbe betrieb.

seht die Demonstrations-Trauerkleidung beibehalten, von Seiten des Oberbefehlshabers, Grafen Ramsey mehrfach in Ausführung gekommen sein.

Amerika.

Newyork, 18. September. [Vom Kriegsschauplatz.] Das Unions-Kanonenboot „Essex“ hat Natchez (Mississippi) 2 1/4 St. lang bombardiert. Die Stadt ergab sich, ward jedoch von den Unionisten nicht besetzt. Der „Essex“ hat ferner Rayon Sara (Mississippi) verbrannt; nur zwei Häuser blieben stehen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 1. Oktober. [56. Sitzung.] Vom Präsidenten Herrn Grabow um 9 1/2 Uhr Vormittags eröffnet. Das Haus wie die Tribünen sind anfangs spärlich besetzt. Am Ministertische die Herren: v. Müllner, v. Jagow, die Regierungskommissarien Rittmeister v. Brauchitsch, Oberst v. Bode, Reg.-Assessor v. Gerlach, Ober-Konfistorialrath Dr. Wichern u. A. — Zwanzig Mitglieder haben wieder Urlaub gefordert; bei dieser Gelegenheit spricht der Präsident von dem nahe bevorstehenden Schluß der Session. — Das Haus fährt in der Beratung des Etats für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten pro 1862 fort. Zu Titel 22, Schullehrerseminarien, hat die Kommission den Antrag gestellt: „die Staatsregierung aufzufordern, für die Ausbildung von Schullehrern an den Universitäten und Seminarien Fürsorge zu treffen und damit die Aufnahme von Civilisten in die militärische Central-Turnanstalt aufzuheben zu lassen.“ Gegen den Titel nimmt das Wort der Abg. Bartoszkiewicz, der Anfangs unverständlich bleibt. Er beklagt, daß in den zwei Regierungs-Bezirken Danzig und Marienwerder die Zahl der Volksschulen dem Bedürfnisse nicht entspricht. Es seien darin 500,000 evangelische Bewohner mit 1200 Schulen, 500,000 katholische Bewohner, die nur 800 Schulen haben; das sei auffallend und nicht zu erklären. Es sei Pflicht der Regierung, den Grundlag der Parität zu wahren; das sei aber hier nicht der Fall und er richte an den Kultusminister die Bitte, das von seinen Vorgängern Versäumte nachzuholen. Zuerst aber sei die Errichtung eines neuen Schullehrerseminars notwendig; es seien im Regierungsbezirk Marienwerder allein 12 vakante Schulstellen, die nicht besetzt werden können. Von 57 Kandidaten hätten nur 27 im Seminar zu Brandenburg aufgenommen werden können.

Der Kultusminister: Den Vorwurf der Versäumnisse seitens seiner Amtsvorgänger müsse er ablehnen; man habe mit der größten Anstrengung gearbeitet, die Parität zu respektieren. Ein Bedürfnis zur Errichtung eines katholischen Schullehrerseminars ist bis jetzt nicht bei der Regierung zur Geltung gebracht worden. — Abg. Bartoszkiewicz erwidert, daß die katholische Bevölkerung in den dortigen Gegenden seit Jahrhunderten einheimisch ist. In Betreff der Mittel mache er den Herrn Minister auf Art. 25 der Verfassung aufmerksam. — Nach wenigen Worten des Abg. Harfert antwortet der Kef. Abg. Schubert dem Abg. für Kulm, daß die katholische Bevölkerung vor der Einverleibung die allgemein herrschende gewesen, daß das Verhältnis heute aber geändert ist. Ob in dem Volksschulwesen genug geschehen, sei nicht Sache der Budgetkommission. Sicher sei, daß noch mehr geschehen könne. Die Errichtung neuer Schullehrerseminarien sei gerade eine Fürsorge, der sich die Regierung nicht entziehen habe, aber nur durch das Zusammenwirken der Kommunen könne dem Bedürfnisse abgeholfen werden. — Das Haus verläßt den Gegenstand und wendet sich zu dem Kommissionsantrag über die Turnlehrer. — Der Kultusminister bittet das Haus, in dieser Beziehung keine vorgehenden Beschlüsse zu fassen. Die Unterrichtsverwaltung werde nie eines Centralpunktes für die Turnlehrer entbehren können, sie werde aber das Ihrige thun, um den Wünschen möglichst zu entsprechen. Das Civilschulwesen sei durch den Unterricht in der Militär-Centralturnanstalt keineswegs gefährdet. (Die Unruhe im Hause macht den Minister vollkommen unverständlich.)

Abg. Virchow: Die Budgetkommission habe sich enthalten, in die gemeinsame Organisation einzugreifen und deshalb auch keine Anträge gestellt. Thatsächlich habe die Regierung jetzt eine ausgedehnte Entwicklung der Militär-Centralturnanstalt zur Ausbildung von Civilturnlehrern im Auge, wie dies der pro 1863 verlangte Aufschuß beweise. Das habe die Kommission veranlaßt, der Sache näher zu treten. Durch das Unterrichtsvertheilen in Militärturnanstalten treten dieselben Verhältnisse hervor, wie z. B. bei den Thierärztschulen. Zwischen militärischem und Schulturnen bestehe eine Kluft; es sei nicht notwendig, sofort bei dem Schulturnen auf das militärische Turnen einzulernen. Das Schulturnen habe nur die objektive Aufgabe, das das Kind in seiner Entwicklung zur vollständigen Beherrschung seines Körpers gebracht werde. Bei dem militärischen Turnen hingegen komme es auf das Disciplinieren an und das sei für die Schulen bedenklich. Es herrsche auf dem zweifelhafte eine große Mißstimmung gegen das System in der Centralturnanstalt und die Regierung gebe den Dirigenten derselben Preis. Gleichwohl spreche sich dieselbe in einem Bericht aus, daß mit dem alten Systeme gebrochen sei. Die eingeforderten Gutachten bezüglich der physischen Nachtheile des alten Systems seien nicht notwendig, bis jetzt seien keine Nachtheile eingetreten und ein Arzt habe nur behauptet, diese Nachtheile könnten eintreten. Im Königreich Sachsen bestehe eine mit großer Freigebigkeit ausgestattete Civil-Centralturnanstalt. Eine Centralturnanstalt decke aber nicht die Bedürfnisse des Landes und das sei der Zweck des Antrages. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Referent verzichtet auf das Wort und das Haus nimmt den Antrag an. — Ausgaben für die Titel 21–25 werden genehmigt.

Kunst und Wissenschaft. Abg. Reichensperger (Bachum) bedauert, daß die Kommission sich bei dem Titel: Akademie der Künste in Berlin, nicht in ausgedehntere Erörterungen eingelassen habe. Er gebe ihr anheim, das nächste Mal die Thätigkeit, Wirksamkeit und Erfolge der Akademie etwas näher zu beleuchten. So bedeutende Summen von 32,367 Thlr. müßten in praktischer Richtung verwendet werden. Die Akademie entbehre seit Jahren ihres Direktors, ihre Erfolge nach außen müßten also zweifelhaft erscheinen. — Der Kultusminister: Die Regierung habe Anstrengungen gemacht, um eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Die Verhandlungen mit einem bedeutenden Künstler seien durch den Tod abgebrochen worden; die Regierung werde ihre Pflicht thun, sobald sich diese Gelegenheit darbiete. — Der Referent verteidigt die Budgetkommission. Die Tit. 26–35 werden genehmigt.

Medizinalwesen. (Referent Abg. Ostrath.) Tit. 42. Charité-Krankenhaus. Die Kommission beantragt: die königliche Staatsregierung aufzufordern, 1) in der nächsten Session urkundlich nachzuweisen, ob die bevorzugte Stellung der Militärärzte in der Charité auch für die Zukunft erhalten bleiben muß, 2) gleichzeitig die Einrichtung derselben und das Verhältnis der Krankenanstalt zu den militärärztlichen Bildungsanstalten und der Universität einer sorgfältigen Revision zu unterwerfen, damit dieselben auf geistlichem Wege festgestellt werden. — Der Kultusminister: Der Etat der Charité befinde sich seit 1818 auf demselben Standpunkte; die Verwaltung der Charité betreffe sich, allen Anforderungen zu entsprechen. Die Regierung werde sich jeglicher Offenlegung des Zustandes der Anstalt nicht entziehen. Die Charité erfülle ihren Zweck als Heilanstalt, als Unterrichts- und Bildungsanstalt. Eine Regulierung der Verhältnisse der Anstalt durch ein Gesetz sei nicht thunlich. — Gegen den Antrag in seinen beiden Theilen erklärt sich der Abg. Freiherr v. Patow: Die gerügten Uebelstände gingen nicht aus der gegenwärtigen Einrichtung hervor, seien auch zum großen Theile nicht vorhanden. (Kedner spricht so leise, daß er im Zusammenhange unverständlich bleibt.) Das Verlangen des Antrages sei unbegründet, der Antrag selbst nachtheilig. Wenn das Haus solche geistliche Regelung in Anspruch nimmt, höre es mit jeder selbstständigen Verwaltung auf und ihr Schwerpunkt werde ins Abgeordnetenhaus verlegt. Dergleichen Fragen dürften überhaupt nicht von der Budgetkommission behandelt werden; sie habe zwar das Recht dazu, aber es sei in ihrem Interesse, einen sehr mäßigen Gebrauch davon zu machen.

Abg. Dr. Virchow für den Kommissionsantrag. Er habe die Sache in der Kommission zur Sprache gebracht; die Kommission müsse von Allem Kenntnis nehmen. Der erste Antrag sei jetzt allerdings gegenstandslos, nicht so der zweite, denn hier handle es sich um Prinzipien, zu deren Entscheidung das Haus allerdings kompetent und verpflichtet sei. Hier liege sicher ein Bedürfnis zur Regulierung vor. Was die Militärärzte betrifft, so seien militärische Anstalten, wie sie jetzt bestehen, im preussischen Staate nicht notwendig; der beabsichtigte Zweck werde auch nicht erreicht. — Abg. Freiherr v. Patow erwidert dem Vorredner, daß bei keiner Krankenanstalt die Verhältnisse der Art seien, wie bei der Charité, so daß eine einheitliche Verwaltung und Leitung unmöglich sei. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der

Referent: Da Abg. Virchow den ersten Theil des Antrages, dessen Urheber er sei, fallen lassen wolle, so habe er die Pflicht, Namens der Kommission auch diesen Theil aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Im Jahre 1857 sei ein Darlehn von 60,000 Thlrn. aufgenommen, eine Mehrausgabe von 100,000 Thlrn. in 4 Jahren gemacht worden, der Etat der Anstalt also nicht mehr derselbe wie 1818, wie dies der Herr Minister behauptet. Der erste Theil des Antrages sei keineswegs gegenstandslos. Referent erinnert an die Begebenheiten bei der Krankenanstalt in Danzig. Eine Erörterung darüber, ob die Angelegenheit einer geistlichen Regelung bedürfe, sei nicht unnötig, denn in der Gefesammlung seien schon zwei Kabinettsordres über die Verwaltung der Charité veröffentlicht. Der Antrag fordere keineswegs, daß die Dokumente gerade der Budgetkommission vorgelegt werden müßten.

Der Kultusminister nimmt das Wort und damit ist die Diskussion wieder aufgenommen. Die von Herrn Virchow angestrebte Einrichtung möge vorteilhaft sein, werde aber viel kosten; was der Referent beabsichtige, so seien dies Umformungen von bedeutender Tragweite. Es sei zuzugeben, daß an Manchem bei den gegenwärtigen Einrichtungen gebessert werden könne, der Status möge aber doch, wie er jetzt ist, gelassen werden. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent: Die Kommission wolle keine Umgestaltung, sondern vorläufig nur die Vorlage der Dokumente. Bei der Abstimmung werden beide Theile des Kommissionsantrages angenommen.

Zu Titel 43 stellt die Kommission den Antrag: für die Ausbildung junger Aerzte in Provinzial-Brennanstalten 1000 Thlr. zwar zu bewilligen, jedoch zur Zeit nur als eine „künftig fortfallende“ Ausgabe. — Derselbe wird ohne Diskussion angenommen. — Die Titel 36 bis 47 werden bewilligt. Einmalige und außerordentliche Ausgaben. Der Antrag, wegen Spezialisierung der Anschläge bei Neubauten, wie er bis jetzt bei allen Etats gestellt worden ist, wird auch hier von der Kommission wiederholt und vom Hause angenommen. — Die neuen Titel werden ohne Diskussion bewilligt und das Haus geht zur Beratung über den Etat des Ministeriums des Innern über. (Referent Abg. Klog.)

A. Einnahmen. Der Kommissionsantrag: Die Staatsregierung möge darauf Bedacht nehmen, bei der Ueberlassung von Wohnungen in königl. Gebäuden an Beamte, insofern dieselben nicht Anspruch auf Dienstwohnungen haben, einen angemessenen Miethszins festzusetzen, wird ohne Diskussion angenommen; gegen den Antrag: das Haus der Abgeordneten wolle die Erwartung aussprechen, daß, sowie für die Ueberlassung von Wohnungen in königlichen Gebäuden, so auch für die Ueberlassung von Wohnungen in anderen öffentlichen Gebäuden an Staatsbeamte ein angemessener Miethszins festgesetzt werde, spricht sich der Abg. Wallingrodt aus. Derselbe sei unklar gefaßt; man lege nicht, ob neben den unmittelbaren auch die mittelbaren Staatsbeamten gemeint sein sollen. Jedenfalls würden Kommunen und Korporationen in ihrer Selbständigkeit beschränkt. Es sei kein Anlaß zu so unumtörten Anträgen. — Das Haus stimmt dem Kommissionsantrage bei. — Die 4 Titel der Einnahme werden bewilligt.

B. Ausgabe. Die Titel 1–9 werden bewilligt. Landrätliche Behörden. Die Kommission beantragt, 300 Thaler als persönliche Zulagen von der Summe von 615,873 Thlr. abzusetzen. — Abg. Graf Schwerin ist gegen diese Absetzung. Solche Dispositionsquantia seien notwendig. Es könne zwar Mißbrauch damit getrieben werden, das sei zuzugeben. Die Nichtbewilligung werde aber nachtheilig sein und die größten Unzufriedenheiten herbeiführen. — Der Minister des Innern stimmt diesen Ausführungen bei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung der 300 Thlr. abgelehnt und der Titel nach der Regierungsvorlage angenommen. — Titel 11 und 12 genehmigt. — Titel 13. Polizeiverwaltung. Gegen den Kommissionsantrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß mit Ausnahme von Berlin und Posen die königliche Polizeiverwaltung, wo dieselbe noch in größeren Städten besteht, aufgehoben und der betreffenden Kommune zurückgegeben werde“, spricht sich der Minister des Innern aus. In Bezug auf das in dem Antrag vertretene Prinzip habe die Regierung das Nötige im Allgemeinen bereits eingeleitet, indem die Polizeiverwaltungen den Städten theils bereits zurückgegeben seien, theils die Unterhandlungen darüber noch schwebten. Was dagegen die größeren Städte der Monarchie im Sinne der Provinzialhauptstädte wie z. B. Königsberg, Danzig, Köln, Magdeburg betrifft, so gebe die Bedeutung der zeitigen Polizeiverwaltungen weit über das kommunale Interesse hinaus. Die Regierung sei überzeugt, daß hier die Uebergabe der Polizei an die Kommune nicht stattfinden könne, da zu viele Interessen zu wahren seien. Die Oberbürgermeister seien nicht in der Lage, die Polizeiverwaltung ausüben zu können. Die Verwaltung würde in andere Hände gelegt werden müssen; die Vorschriften der Städteordnung geben keine genügende Garantie dafür, daß die Polizei dann genügend gehandhabt werde. — Abg. Vibel spricht sich gegen die Ausnahmestellung von Posen aus; es antwortet ihm der Abg. v. Bonin (Genthin) und nach wenigen Bemerkungen des Abg. Letzter wird die Diskussion geschlossen.

Der Referent: Die Kommission habe in Betreff Posen keine politische Verabredung beabsichtigt, sondern nur gemolt, daß die Polizeiverwaltung bei den dortigen Gegensätzen zwischen den Nationalitäten in unparteiische Hände gelegt sei. — Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Ueber die von der Kommission vorgeschlagene Abhebung der Kosten von 207 Thlr. für die Polizeiverwaltung in der ehemaligen Herrschaft Sülz entspringt eine Diskussion zwischen dem Min. des Innern, den Abg. Graf Schwerin, Ostrath, Hoffmann (Doppeln) und Pfahmann. — Abg. Graf Schwerin ist gegen die Abhebung; bei allen Parzellierungen, die vor 1856 stattgefunden, sei die Regierung niemals auf die Parzellenbesitzer zurückgegangen; sie habe sich nur gefragt, ob von den alten Besitzern noch so viel vorhanden sei, daß auf ihn zurückgegangen werden könne. Im vorliegenden Falle habe die Regierung diese Meinung nicht gehabt. — Dr. Koch theilt diese Ansichten. — Die Abhebung wird abgelehnt.

Polizeiverwaltung in Berlin. — Abg. v. Sauten (Gerdenau) meint, daß für den vakanten Posten des Polizeipräsidenten 2500 Thlr. ausgenommen seien. Der Posten sei nicht besetzt, aber der auf längere Zeit beurlaubte Beamte erhalte nicht nur seinen Gehalt, sondern auch Pferdegebel. — Der Ministerial-Kommissar: Von dem Augenblicke seiner Beurlaubung beziehe derselbe keine Pferdegebel. — Die Kommission stellt den Antrag: „die Staatsregierung aufzufordern, bei der bevorstehenden Reorganisation der Polizeiverwaltung in Berlin diejenigen Zweige der Polizeiverwaltung, welche nicht notwendigerweise im allgemeiner Staatszwecke willen durch königliche Beamte zu versehen sind, an die Kommune zu übertragen.“ — Abg. Graf Schwerin nimmt unter Beifall des Hauses den Herrn von Winter in Schutz, dem er so viel verdankt. Das Projekt des Herrn v. Winter beruhe auf sehr gefunden Grundlagen und war sehr wohl ausführbar, wenn auch an Kosten nichts gespart wurde. Wer sich mit dem Organismus der hiesigen Polizeiverwaltung beschäftige, werde die zwei Grundübel erkennen, daß der Polizeipräsident allein verantwortlich ist für alle Handlungen der sieben Abtheilungen; er kann also seine eigentliche Aufgabe, Alles selbst zu sehen, nicht erfüllen. Der Polizeipräsident vereint ferner in sich zwei Instanzen ohne Mittelinstanz. Von diesen Uebelständen ging der Reorganisationsplan des Herrn v. Winter aus; er wollte, daß fünf Polizeipräsidenten in Berlin gebildet werden mit Rathen an der Spitze, welche die Verwaltung der Bezirks führen. Dieses Projekt verdiente nicht, von dem Regierungskommissar als sachlich unausführbar verurtheilt zu werden. Für die Bewohner von Berlin würde daselbe von dem größten Vortheile gewesen sein und die Kommune hätte die größeren Kosten dafür gern getragen. Er wünsche, daß der Minister des Innern das Projekt nicht als beseitigt betrachte. Eine Verminderung der Schutzmänner in Berlin aber sei absolut unthunlich und das habe auch Herr v. Winter erklärt. 800 Schutzmänner reichen kaum in gewöhnlichen Zeiten aus und sicher nicht, wenn es sich um ein Eingreifen handelt. Es sei im Interesse der Bürger, so spät als möglich auf die Militärkräfte zurückzugreifen.

Der Minister des Innern will auf den Organisationsplan nicht näher eingehen; er habe den Plan nicht als einen nicht sachgemäßen erklärt, auch der Regierungskommissar nicht. (Ob!) Im Gegentheil sei der Plan gut, wenn auch nicht in allen Details; er werde die Reorganisation nicht aus den Augen verlieren. Es empfehle sich nicht, gewisse Zweige der Verwaltung an die Kommune abzugeben. Im Uebrigen stimme er mit dem Herrn Vorredner bei. — Der Regierungskommissar bedauert, daß er von dem Kommissionsbericht erst nach dem Druck Kenntnis genommen; seine Aeußerung sei mißverstanden worden; er habe nicht von einer Unausführbarkeit des Projekts gesprochen, sondern nur davon, daß sich dagegen Bedenken erhoben haben. — Abg. v. Bodum-Dolffs verliest das Protokoll der Kommissionsitzung; ein solcher Vorwurf sei vom Ministertische aus noch nicht gemacht worden und er weise ihn zurück. — Nach wenigen Erklärungen des Ministerial-Kommissars zur Aufklärung des Mißverständnisses nimmt das Wort der Abg. Parriss (Brandenburg) als Protokollführer. Er habe sich stets bemüht, die Erklärungen des Regierungskommissars unparteiisch wiederzu-

geben; der Regierungskommissar sei bei Vorlesung anwesend gewesen, und er hätte besser gethan, heute zu sagen, daß sei damals seine Meinung gewesen und er habe sie seitdem geändert. Sich jetzt so verhalten zu wollen, sei sehr thöricht. Der Regierungskommissar habe die Worte ausdrücklich gesagt.

Der Minister des Innern: Es sei schon vorgekommen, daß beim Berichtvortragen kein Vertreter der Regierung anwesend gewesen. — Abg. Virchow: Bei dem Verlesen des Berichts sei der Regierungskommissar allerdings nicht anwesend gewesen, obgleich er eingeladen war; Hr. v. Schwerin hätte auch mittheilen sollen, warum er und Hr. v. Winter aus dem Amte getreten sind. Es werde bloß auf den guten Willen des Ministers ankommen, einzelne Zweige der Verwaltung an die Kommune zurückzugeben. Ueber den Punkt, betreffend die Verminderung der Schutzmänner, zu urtheilen, sei schwer, man müsse erst die Verwendung derselben kennen; die Sicherheit der Hauptstadt sei in neuerer Zeit nicht gerade besonders gewahrt, aber auf andere Dinge werde eine besondere Aufmerksamkeit gerichtet, z. B. stelle man eine Masse Schutzmänner an Markttagen und bei Paraden auf. — Abg. Graf Schwerin: Er will sich in den Streit mit dem Regierungskommissar nicht mischen, er freie sich über die häufigen Aeußerungen des Ministers und des Regierungskommissars. Sie seien sachgemäß; denn nicht auf alle Details haben sich seine Erklärungen ausgedehnt. Bezüglich der Schutzmänner, seien sich die Sachen, steht man inmitten der Verhältnisse, anders an, als wenn man sie nach einzelnen Erscheinungen, einzelnen Fehlgriffen beurtheilt. Das Urtheil des Herrn v. Winter möge doch hier etwas gelten. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Referent dankt dem Vorlesenden der Kommission, Herrn v. Bodum-Dolffs für die warme Vertbeidigung gegen den Minister. — Zu persönlichen Bemerkungen. — Abg. v. Virchow: Er habe schon bei der Redebeate erklärt, die frühere Regierung habe die Pflicht gehabt, das Programm bekannt zu machen. — Abg. Graf Schwerin: Diese Pflicht erkenne er nicht an. — Abg. Freiherr v. Patow schließt sich dieser Erklärung an. — Der Antrag ad 1) wird fast einstimmig angenommen, der Antrag in Betreff der Verminderung der Schutzmänner abgelehnt. — Die Titel 13–15 werden angenommen.

Titel 16. Polizeidistriktskommissarien in der Provinz Posen. Der Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle die Erwartung aussprechen, durch anderweitige Organisation die Distriktskommissarien wegzulassen zu lassen, wird ohne Diskussion angenommen.“

Tit. 19. Geheime Fonds für das Jahr 1862, sollen statt 35,000 Thlr. nur 30,000 Thlr. bewilligt werden. — Abg. Reichensperger (Bachum) hält eine solche Streichung für kleinlich und greift den Kommissionsbericht an. Mit diesen Vertretungsbedenken für jeden Minister des Innern sei es bedenklich. Es sei eine kontante Erfahrung, daß außerordentlich populäre Männer, sobald sie das Ministerportefeuille erzielten, in der Popularität theils plötzlich, theils nach und nach gesunken seien; das komme daher, daß opponieren und regieren zwei sehr verschiedene Dinge seien. Man lasse überhaupt im Hause die Vertrauens- und die Mißtrauensfrage so oft laut werden. (Der Vizepräsident hat den Vorsitz übernommen.) — Abg. v. Bentkowski: Er sei mit den geheimen Fonds nicht so vertraut wie seine Freunde, er wird gegen die geheimen Fonds votieren. Er erkenne ihre Nothwendigkeit an, so lange aber der Skandal noch fortwähre, könne er dieselben nicht votieren, aus Besorgnis, daß sie wieder zu himmelschreienden, empörenden Dingen gebraucht werden. — Der Präsident: Diese Ausdrücke gebören gerade nicht zu den gewöhnlichen. — Abg. v. Bentkowski: Es ist auch empörend und himmelschreiend, dem sittlichen Gefühl hohnsprechend, wenn man einen Menschen aus England verlockt, damit er eine Verschwörung anzettelt und nachher ins Gefängnis geworfen wird. — Der Minister des Innern bedauert, daß die Geschäftsordnung des Hauses ehrenwerthe Beamte nicht gegen solche Angriffe schütze. — Der Präsident: Die Handhabung der Geschäftsordnung behalte er sich vor. — Der Minister des Innern: Er wolle darin keine Vorschriften machen, aber er verwahre sich dagegen, daß man Beamte in der Art angreife.

Abg. v. Vinde (Stargard): Man habe sich zuerst an den materiellen Inhalt der Fonds zu halten. Die Kommission habe die Nothwendigkeit derselben für gewisse Zwecke anerkannt; dafür müsse doch Geld da sein; z. B. zum Verfolgen von Verbrechern. Soweit könne das politische Mißtrauen gegen den Minister nicht gehend werden, daß man ihm das Geld verweigere zur Verfolgung gemeiner Verbrecher. — Abg. Frhr. v. Hoyerbed erwidert dem Vorredner, daß nur aus Rücksicht die Kommission bloß 5000 Thlr. getrichen hat. — Abg. v. Bonin (Genthin): Die Aeußerungen des Abg. v. Bentkowski könnten die Ansicht aufkommen lassen, als sei der Mann unthunlich ins Gefängnis gesteckt worden. Das sei falsch; der Mann sei durch das Gericht verurtheilt. Er trete übrigens dem Kommissionsantrage nicht bei; es sei unmöglich, ohne geheime Fonds in der höheren Verwaltung das Interesse des Staats genügend wahrzunehmen. — Abg. v. Henning (Strasburg) gegen einen der Kommission durch Herrn v. Vinde gemachten Vorwurf. Es handle sich hier allerdings um Vertrauen zu dem gegenwärtigen Minister; zur Verfolgung gemeiner Verbrecher bedürfe es durchaus nicht geheimer Fonds; diese Gelder können immer den Kriminalkosten zugerechnet werden. Es handle sich hier gar nicht um politische Dinge. Die Imputation des Herrn v. Vinde mache auf die Kommission und auf das Land keinen Eindruck. (Der Ministerpräsident ist eingetreten.) — Abg. v. Bentkowski: Der Ausdruck unschuldig mag nicht ganz richtig gewesen sein, aber der junge Mann ist doch eigentlich wider seinen Willen zum Verbrecher geworden. Der Minister sei gewiß noch nicht lange in seinem Departement, sonst würde er die Akten der Sache kennen und wissen, welches das Verfahren der Beamten gewesen war.

Abg. Dr. Virchow: Als noch 1849 dieser Fonds 25,000 Thlr. betrug, damals hat man offen in der Kommission zugestanden, daß es sich um ein Vertrauen gegen die Regierung handle; 1853 beliefen sich die Fonds auf 80,000 Thlr., angeblich, um eine Handbabe gegen französische Revolutionäre zu haben, man sah damals die Sache gerade so an, wie jetzt die Budgetkommission. Zur Verfolgung gemeiner Verbrecher seien andere Summen disponibel, und könne der Minister nicht besser seine Forderungen motivieren, als es bisher geschehen, so empfehle sich mir die Annahme des Kommissionsantrages. — Abg. Graf Schwerin: Er sei gewohnt, daß Herr v. Bentkowski und seine Freunde starke Ausdrücke wählen und wolle darauf nichts antworten. Während seiner Amtsführung habe er unablässig jeder Ungefestlichkeit zu begegnen gesucht; die Handlungsweise der Posener Polizei sei sofort von hier desavouiert worden. Die geheimen Fonds anlangend, so müsse er sich für die Bewilligung derselben ausgesprechen. Sie dienen der höheren politischen Staatspolizei, auf die kein Staat verzichten könne, auch der unsrige nicht. — Abg. Immermann verteidigt den Abg. v. Bentkowski gegen die Herren v. Bonin und Graf Schwerin. Das Verfahren in Posen sei pure Unfittlichkeit gewesen. — Abg. Ostrath will nicht weiter auf letzteren Fall eingehen, zumal schon wiederholt von ihm die Rede gewesen sei. Es bestehe eine absolute Nothwendigkeit zur Bewilligung der Fonds, wogegen sich der Abg. Walde erhebt. Nothwendig seien die Fonds gar nicht, sie dienen nur zur Verfolgung, zur Bestrafung, zur Beförderung der Unfittlichkeit. Man möge sich nur der Reaktionsperiode erinnern, der standalösen Korruptionen im Jahre 1849, die sich bis zur Anzettelung von Prozessen ausgedehnt hätten. Das Haus möge nur keinen Feind zu geheimen Fonds bewilligen.

Minister v. Jagow protestirt gegen den Vorwurf der Unfittlichkeit, die den Fonds anhaften sollen. Es handle sich um die Bewilligung einer Summe, deren der Staat dringend bedürftig ist. — Abg. v. Vinde tritt einzelnen Aeußerungen des Herrn v. Hoyerbed entgegen, theils um sich gegen den Vorwurf zu verwahren, als wolle er der Budgetkommission zu nahe treten, theils um seine vorher entwickelten Ansichten noch weiter zu entwickeln. In dem freiesten Lande unter der Sonne würden am meisten geheime Fonds verwandt, und wenn der Abg. Walde das etwa noch nicht wisse, so könne er's aus jeder Zeitung erfahren. In Sachen des Herrn v. Bentkowski vorgebrachten Falles müsse er doch bemerken, daß die vollste Sühne eingetreten sei. Herr v. Puttkammer sei entlassen, das könne Herrn v. Bentkowski genügen. Schließlich rügt Kedner den von Herrn v. Hoyerbed gebrauchten Ausdruck, die Regierung habe, als sie 1862 die Reorganisation fortgeführt, mala fide gehandelt; das zu behaupten, sei der schwerste Vorwurf, der im Parlament einer Regierung gemacht werden könnte, und diejenigen seiner Freunde, welche damals zum Ministerium gehört hätten, ständen viel zu erhaben über einem solchen Vorwurf (die linke Seite des Hauses giebt Zeichen des lebhaftesten und hartnäckigsten Widerpruchs), als daß sie nöthig hätten, sich dagegen zu verteidigen. Er wolle nicht weiter hinzufügen.

Abg. Schulze (Berlin): Bei den geheimen Fonds spiele das Vertrauen allerdings eine Rolle, denn es könne mit diesen Fonds der allergrößte Mißbrauch getrieben werden. In England würden geheime Fonds bewilligt, aber dort sei ein konstitutionelles Ministerium, und wenn wir es erst so weit gebracht hätten, so werde man geheime Fonds bewilligen können. Bei den gemachten Erfahrungen könne man die dem früheren Ministerium bewillig-

ten Summen nicht dem jegigen gewähren. Man wolle nicht streichen, nur ermäßigen. — Abg. v. Benckowski: Herr v. Bonin sei sicher weniger Vollenkter als sein Vorgänger; Redner geht noch einmal auf Einzelheiten in der Angelegenheit des unglücklichen Glöckleins, der brummen mußte, ein. — Abg. v. Hennig (Strasburg) macht dem Abgeordneten für Stargard den Vorwurf, die linke Seite mißverstanden zu haben. Die bewilligten Millionen könnten vom Ministerium nicht anders verwendet werden, hier aber sei die größte Erfahrung maßgebend, daß, wenn einmal Geld bewilligt ist, es ausgegeben werde, und nicht allein an den Prozeß Waldeck, sondern an den Landendortsch möge man denken. Das Geld werde dann zu den verwerflichsten Zwecken ausgegeben. Die Kommission habe nur abgesehen, was noch nicht vorausgibt ist. — Abg. Graf Schwerin verwirft das Prinzip des Standpunktes der Kommission, nicht mehr Geld für die übrigen drei Monate bewilligen zu wollen. Man mache hier eine Personengruppe geltend; wolle die Regierung gefährliche Räder verfolgen, so habe sie ganz andere Summen zur Disposition. Die jegigen Minister seien aber Ehrenmänner.

Abg. Waldeck: Wir haben den trostlosen, unsittlichsten Zustand gehabt nicht bloß hier in Berlin, sondern im ganzen Lande. Absoluter Gegner der geheimen Fonds, würde Redner sie jedem Ministerium, auch einem solchen, das zum Lande besser stünde, verweigern. Es liege kein Grund vor, von dem Kommissionsvorschlage abzugehen. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Freilerr v. Hoyerbeck: Die Ausrückungen des Abgeordneten für Stargard hätten weitere Gefühle in ihm erweckt. In diesem Punkte sei für Niemand unter ihm, auch nicht über ihm. — Abg. v. Vinde antwortet; man könne den beiden früheren Ministern die mangelnde nicht vorwerfen. Er habe sich an des Herrn v. Hoyerbeck und, nicht an dessen Person gewendet. — Abg. v. Hennig bittet den Grafen Schwerin, ihm nicht Worte in den Mund zu legen, die er nicht gesagt; er habe nicht von unredlichen Verwendungen gesprochen. — Die Diskussion ist geschlossen. Nach wenigen Worten des Referenten wird der Kommissionsantrag auf Reduktion des verlangten Kredites von 35 auf 30,000 Thlr. angenommen und hierauf um 3 Uhr die Sitzung auf morgen 9 Uhr zur Erledigung der heutigen Tagesordnung vertagt.

[Resolution.] Die von dem Abg. v. Forckenbeck beantragte, nach dem gestrigen Telegramm von der Kommission angenommene Resolution lautet mit den Erwägungsgründen wörtlich:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
In Erwägung, daß alle Ausgaben des Staats verfassungsmäßig nur auf Grund des für jedes Jahr im Voraus zu vereinbarenden Etatgesetzes oder ausnahmsweise auf Grund besonderer Gesetze resp. Bewilligungen des Landtags geleistet oder gerechtfertigt werden können, daß daher die f. Staatsregierung nicht berechtigt ist, auf Grund eines für ein früheres Jahr festgestellten Staatshaushaltsetats in einem nachfolgenden Jahre Ausgaben zu bestreiten;

in fernerer Erwägung, daß die erfolgte Zurückziehung des vorgelegten, bereits größtentheils durchberathenen Etats pro 1863 und ein längeres Hinausschieben der Vorlage eines neuen Etats die bisherige mißbräuchliche Verwaltung ohne vorgängige Feststellung des Etats verlängert und das Recht der Landesvertretung auf vorherige Feststellung des Etats gefährdet, daß aber eine rechtzeitige Feststellung des Etats pro 1863 noch ausführbar erscheint;

in endlicher Erwägung, daß in Folge der unter dem 29. c. abgegebenen Erklärung der f. Staatsregierung die Befürchtung entsteht, dieselbe werde auf ihre Verantwortung die Ausgaben für die Kriegsbereitschaft des Bundes fortsetzen, deren Ablehnung für das Jahr 1862 bereits durch das Haus der Abgeordneten erfolgt ist und pro 1863 nach der eigenen Anerkennung der f. Staatsregierung zu erwarten ist, daß daher eine ausdrückliche Wahrung der Rechte der Landesvertretung geboten erscheint, —

erklärt das Haus der Abgeordneten:

1) die f. Staatsregierung wird aufgefordert, den Etat pro 1863 dem Hause der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so schnell als möglich vorzulegen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 1. Januar 1863 erfolgen kann;

2) es ist verfassungswidrig, wenn die f. Staatsregierung eine Ausgabe verfügt, welche durch einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten definitiv und ausdrücklich abgelehnt worden ist.“

Bei der Debatte in der Kommission nahm zuerst das Wort der Referent Abg. v. Forckenbeck. Er entwickelte des Weiteren seinen Antrag nicht Motiven. — Hierauf nahm das Wort Herr v. Bismarck-Schönhausen: Er interpretirt zunächst den Art. 99 der Verfassung und legte auf die Trennung derselben in zwei Sätze besonderes Gewicht. Er schloß daraus, daß die gesetzliche Feststellung nicht im Voraus zu erfolgen habe, sondern nur das Veranschlagen und das Bringen auf den Staatshaushalt. Dieser Interpretation stehe die bisherige Praxis zur Seite, welche als Gewohnheitsrecht neben der Verfassungsurkunde die Ergänzung unseres Staatsrechts bilde. Denn die Verfassungsurkunde sei ein, er wolle grade nicht sagen: todgebornes, aber doch zu belebendes Werk. Was die Regierung thun werde, nachdem das Herrenhaus sein Votum über den Etat abgegeben, darüber behalte sie sich die Erklärung vor. Die Krone habe alle Rechte behalten, die sie nicht ausdrücklich abgegeben. — Dieser Interpretation des Art. 99 trat Abg. Twesten entgegen; für eine solche Auslegung würden sich nicht 10 Stimmen im Hause erheben. — Hr. v. Bismarck entgegnete, daß diese seine Ansicht das ganze Staatsministerium theile, während alles Andere, was er noch zu sagen habe, der vertrauliche und vertrauensvolle Ausdruck seiner persönlichen Ueberzeugung sei. Die Regierung wolle keinen Konflikt, sie strebe die Verständigung an. Untersuche man, wer die Schuld des gegenwärtigen Konflikts trage, so finde man, daß die Landesvertretung früher die Reorganisation nicht allein gebilligt, sondern die Regierung auch dazu ermuthigt habe. So lange er im Ministerium sein werde, werde eine Ernennung von Mitgliedern des Herrenhauses mit der Tendenz, eine Ausgleichung des Konflikts hierdurch herbeizuführen, nicht stattfinden. Ebenso wenig denke man an eine Vertagung; er fasse aber den Konflikt nicht so tragisch auf, wie es in der Presse geschehe. Er strebe danach, alle etwaigen Erschütterungen in der mildesten Form auszugleichen. Man habe ihm vielfach die Absicht untergeschoben, durch Hervorrufung äußerer Konflikte die inneren zu beseitigen. Eine solche frivole Politik lehne er ab. Äußere Konflikte würden kommen, ohne daß Preußen Handel suche und dann dürfe es ihnen nicht aus dem Wege gehen. Eine Vergleichung preussischer Zustände mit kurhessischen treffe nicht zu. Das Recht des Abgeordnetenhauses, bei Feststellung des Budgets mitzuwirken, sei nicht als Steuerbewilligungsrecht aufzufassen, sondern als gesetzgebende Thätigkeit; daher sei auch das Herrenhaus als gleichberechtigt anzusehen und man dürfe die Verfassungsbestimmung der Annahme oder Ablehnung des Etats en bloc nicht als höfliche Phrase auffassen. Die öffentliche Meinung sei nicht aus der Presse zu entnehmen; die Presse könne wohl helfen, die öffentliche Meinung zu machen, aber sie sei nicht die öffentliche Meinung. Die Pflicht der Abgeordneten als der Vertreter des Landes sei es, auf die Meinung ihrer Wähler lauternd und berechtigt einzunwirken, nicht aber, sich durch dieselben bestimmen zu lassen. Die Stellung Preußens in Deutschland werde nicht durch seinen Liberalismus, sondern durch seine Macht bestimmt. Nicht der Liberalismus werde die deutsche Frage zum Austrag bringen, nicht Reden, sondern Eisen und Blut. Die Zurückziehung des Etats sei nur in der Absicht geschehen, eine Verständigung anzubahnen, die Regierung habe keine Hintergedanken dabei gehabt und wolle den provisorischen Zustand nicht verlängern. Sie wolle aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauskommen, ohne die Verfassung und den Frieden des Landes zu beeinträchtigen. Man möge glauben, wenn ehrliche Männer die möglichst zeitige Vorlage des Budgets versprechen.

Mit Rücksicht auf diese Auslassung bemerkte Abg. v. Hennig (Strasburg): Niemand lege der Regierung die Absicht unter, zu provisorischen Zuständen zurückzukehren, aber es werde die tatsächliche Folge ihres Verhaltens sein. — Auch auf die persönliche Regresspflichtigkeit ging Herr v. Bismarck ein und erklärte sie für die Minister für irrelevant, wogegen Abg. v. Kirchmann ausführte, daß dieselbe allerdings rechtlich substantiirt sei. — Der Kriegsminister ging auf diesen Punkt gleichfalls mit einer scherzhaften Wendung ein, die andeutete, daß die Vermögenslage der Minister allerdings nicht von der Art sei, um eine Regressklage auf Höhe von Millionen gegen sie als erfolgreich erscheinen zu lassen. Die Einbringung des Organisationsplanes und des umgearbeiteten Militäretats könne übrigens nicht so früh erfolgen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 1. Jan. 1863 ausführbar sei. — Dieser Ansicht schloß sich auch der Abg. Twesten an, meinte aber, daß die Regierung nur durch materielle Zugeständnisse eine Verständigung herbeiführen könne. Er verteidigt das Amendement, zu Nr. 1 der Forckenbeckschen Resolution den Zusatz zu machen: „oder wenn dies nicht ausführbar, für die bis zur Feststellung des Etats für 1863 notwendigen Ausgaben die Bewilligung eines extraordinären Kredites noch vor 1863 beim Hause zu beantragen“. Das Amendement erhielt nur 4 Stimmen (Stavenhagen, Sello, Twesten, Schubert); Nr. 1 der Resolution ward mit 25 gegen 4 (Twesten, Osterrath, Schubert, Stavenhagen), die Nr. 2 mit allen gegen eine (Osterrath) angenommen und dann mit 14 gegen 13 Stimmen beschloffen, dem Hause mündlichen Bericht abzustatten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. Oktober. [Ernennung.] Der heutige „Staats-Anzeiger“ bringt die amtliche Ernennung des Herrn Kreisrichters Mitzel von hier zum Rechtsanwalt bei dem hiesigen Kreisgericht und zum Notar im Departement des hiesigen Appellationsgerichts. Herr Mitzel hat, so viel uns bekannt, sein Bureau schon vor einigen Tagen eingerichtet.

Posen, 2. Okt. Der bedeutendste unter den jetzt lebenden polnischen Dichtern, Odhinc, ist aus Wilna hier angekommen. — Dr. Mezig zieht wirklich, wie er gedroht hat, nach Gotha, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil man seinen Plan zur Einigung Deutschlands und Befreiung Polens nicht beachtet hat. Eine Anzahl Polen in der Gegend von Pleschen hat ihm eine Anerkennungsadresse für sein patriotisches Wirken gewidmet.

— Der hier weilende russische Staatsrath Baczewicz soll dem Vernehmen nach hiesige Lehrkräfte für Petersburger Real-Anstalten zu gewinnen suchen.

— [Die Kasino-gesellschaft] ist am gestrigen Tage von ihrem alten Lokale (Wilhelmsstraße 1) nach dem neuen, Kanonenplatz 9, übergesiedelt. Das neue Lokal, so bequem es auch sein mag, läßt doch eine der Hauptbedingungen vermissen, den Ballsaal. Man hört verschiedene Versionen darüber, wie man sich nun helfen wird; unter Anderem hörten wir gestern sogar, daß das Direktorium der Gesellschaft mit der Loge wegen Ueberlassung des Saales in Verbindung treten wolle, jedoch würde dies keinen Erfolg haben. — Es wäre gewiß ein gar nicht so schlechtes Geschäft, wenn sich einer unserer Baunternehmer oder Hotelbesitzer dazu entschloße, einen großen, bequemen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Saal herzustellen. Wir haben in Posen nur den Bazarfaal, der für großartige Vergnügungen, Konzerte etc. geeignet ist, und Konkurrenz thut, zumal bei den andern Verhältnissen, die dabei in Betracht kommen, immer gut. Der Saal in Sterns Hotel (wir meinen den früheren Kasinoaal), selbst wenn er angemessen billig vermietet werden sollte, scheint uns doch nicht ausreichend zu sein.

— [Hausverkauf.] Das dem Rentier Adler gehörige Grundstück, kleine Gerberstraße Nr. 7, hat der Destillateur Roschmann Labischin für 23,000 Thlr. freihändig erworben.

— [Auch ein besonderes Kennzeichen.] Wäre es üblich, Signalements von einzelnen Tagen des Jahres anzufertigen, wäre es möglich mit einiger Aussicht auf Erfolg diesen flüchtigen Gästen Steckbriefe nachzusenden, so wüßten wir für alle Quartalersten ein ganz treffendes und besonderes Kennzeichen zu nennen. Daß, weil umgezogen wird, die Straßen belebter als sonst sind, ist einmal eine hergebrachte Sache, die in großen, verkehrsreichen Städten nur dem aufmerksameren Beobachter auffällt. Etwas anderes ist unser besonderes Kennzeichen, das seinen Grund in dem Segen an Beamten und höheren Militärs hat der sichtbar auf Posen ruht. An keinem Tage sind nämlich so auffallend viel hohe Kassenscheine im Verkehr als an den Quartalersten, und da die Gehälter doch zumeist in Scheinen gezahlt werden, die erst wieder umgewechselt werden müssen, wenn kleinere Rechnungen zu bezahlen sind, so ist die Klage unserer Kaufleute und Gewerbetreibenden über den zur Zeit dieser Ersten plötzlich eintretenden großen Bedarf und geringen Vorrath von Kleingeld wohl gerechtfertigt. Wir hörten gestern solche Klage zu verschiedenen Malen.

— [Physiognomie der Abende.] Wer in der allerletzten Zeit des Abends unsere „Linden“, die Wilhelmsstraße nämlich, den Wilhelmsplatz, alle Spaziergänge und öffentlichen Lokale in der Nähe der Stadt betrachtet, der konnte wahrlich keinen Unterschied zwischen der Physiognomie der heutigen Abende und denen des Mai finden. Vom lieben Mond bestrahlt, wallten und wogten Männlein und Weiblein in trauter Gemeinschaft, trotz des Staubmeeres, das die Schuppen aufwirbelten. Lau und mild sind die Abende wieder geworden und nicht zum Schaden der Gartengewächse; Bahnhof, Schilling, Lamber's Garten, alle diese Lokale erfreuen sich nach einer Unterbrechung von einigen Wochen wieder des Besuchs ihrer alten Besucher. Der Ueberzieher, den sorgliche Leute schon bei Nachmittagsspaziergängen über dem Arm trugen, um gegen jegliches kühle Lüftchen, das sich mit Eintritt der Dämmerung einzustellen pflegte, geschützt zu sein, ist wieder seltener geworden, der düsterste Philister hat wieder auf kurze Zeit sommerlichen Muth. Und gönnen wir Allen die schönen Abende, die menschlicher Berechnung nach in diesem Jahre nicht mehr allzu häufig sein werden, gönnen wir sie den Wirthen wie den Gästen, — beide haben ja Genuß und Vortheil davon.

— [Ein deutsches Lebensbild.] Unter diesem Titel ging uns aus Abgeordnetenkreisen eine kleine Broschüre zu, ein Vortrag, den R. Zelle in Berlin gehalten hat, und der nun im Verlag von G. Jansen erschienen ist. Das sehr hübsch geschriebene Büchlein zeigt in frappanter Weise, was noch heute zu Tage, Alles mit einem deutschen Unterthanen von Gehege wegen gemacht werden kann. Das kleine Häftchen behandelt das Leben eines mecklenburgischen Schneidergesellen, J. Leidmit, der im wahren Sinne des Wortes zu Tode gemaßregelt worden ist. Die Broschüre zeigt mit schlagenden Gründen, wie vollständige Gewerbefreiheit

und Freizügigkeit notwendige Lebensbedingungen eines geordneten und gerechten Staatsorganismus sein müssen und schließt mit den beachtenswerthen Worten: „Wir aber lernen aus der alltäglichen Geschichte zweierlei: 1) Es ist ein Jammer um die deutsche Nation, so lange die Kleinstaaterei im Gange bleibt, und 2) Wir wollen unsere Abgeordneten nicht um neue Gesetze bitten, sondern darum, daß sie erst durch ein Schoß alte einen Strich machen.“

W. Boret, 1. Oktober. [Markt.] Mit Recht haben die Käufer am hiesigen vorgefrigten Schöpfungsmarkt sich vom Kaufe zurückgehalten, indem ihnen die Preise zu hoch schienen. Der gestrige Hauptmarkt zu Gostyn hat gezeigt, wie richtig sie spekulirt hatten. Die Preise stellten sich dort weit niedriger, als man vernunthete. Nur wenige Verkäufe haben stattgefunden, die meisten auch unter dem Einkaufspreise. Gegen die hier bewilligten Preise hatte man dort um 1 1/2 Thlr. pro Haar billiger ankommen können. Der größte Theil der Verkäufer mußte, um nicht zu große Verluste zu erleiden, das Vieh unverkauft wieder zurücktreiben, obgleich die Unterbringung von Schafen in Weide bekanntlich sehr schwer fällt. Nicht besser ging es heute am Pferde- und Rindviehmarkt.

† Koźmin, den 1. Okt. [Spartasse; Güterverkauf.] Heute wurde die hiesige Spartasse eröffnet. Welche ein Bedürfnis nach einem solchen Institute, das gleichzeitig den Zweck hat, kleine Wechsel zu diskontiren, hier vorhanden war, das dürfte am leichtesten aus dem Umstande beurtheilt werden, daß der Kasse bereits 189 Thlr. eingezahlt sind. — In der letzten Zeit haben wieder zwei Güter ihre Besitzer gewechselt. Skalow, Anfangs dieses Jahres vom Major Studnitz aus Gostyn erstanden, ist an den benachbarten Gutsbesitzer v. Chelmicki in Gostyn für 58,000 Thlr. verkauft, und das Gut Trzebin, welches der Graf v. Potulicki auf Szarym Ende des vergangenen Jahres erstand, von dem Gutsbesitzer Jordan, angeblich aus dem Kreise Kosten. In einigen Wochen kommt das Gut Lutytnia zur Subastation.

* Pleschen, 1. Oktbr. [Darlehnskasse.] Eine Anzahl polnischer Kreiseinsassen aus Stadt und Land hat unter sich eine Gesellschaft gegründet, bezugs Unterstützung des Handwerkerstandes in momentaner Geldnoth. Die Gesellschaft, welche Darlehne auf kurze Wechsel giebt, hat sich die Statuten einer zu gleichem Zwecke seit 12 Jahren in Schrimmer Kreise bestehenden Gesellschaft zum Muster genommen, nur mit dem Unterschiede, daß das Minimum einer Aktie nicht 100, sondern 50 Gulden beträgt. Bezugs Mittheilung des Schrimmer Statuts hatte man den Probst Laserski aus Jezawo kommen lassen. Die Direktion besteht aus dem Kreisrichter Jablowski in Pleschen, dem Buchhändler Putiatieci daselbst, dem Bürger Kobylinski, dem Probst Rymartienicz aus Kotlin und dem Herrn v. Szejaniacki aus Storażewo. Dem Vereine sind gegen 200 Personen beigetreten. Warum errichten die Deutschen nicht ähnliche Leihkassen?

† Von der Proßna, 29. September. [Ein polnischer Abgeordneter und seine Anschauungen.] Mit welcher, aus Unglaubliche grenzenden Oberflächlichkeit von einzelnen polnischen Abgeordneten Behauptungen aufgestellt werden, die, sich näher betrachtet, in Nichts auflösen, davon wollen wir nur einen Fall anführen. Der Abgeordnete Bilaski hat in der zweihundertfünfzigsten Sitzung am 22. d. Mts. im Abgeordnetenhaus gesagt: „er lege dem Erlasse vom 14. April 1832 den Werth eines Gesetzes nicht bei;“ — ferner: „daß die Ordre vom (27.) Oktober 1810 im Großherzogthum Posen nicht publicirt worden, mithin die Gesetzeskraft dem Erlasse abgesprochen werden müsse.“ Daß die f. Verordnung vom 27. Oktober 1810 in der Provinz Posen nicht publicirt sei, ist unwahr, denn sie steht in dem ersten Theile der in Posen bei W. Decker & Comp. gedruckten Gesammmlung unter Nr. 1, Seite 7, polnisch und deutsch gedruckt und befindet sich diese Gesammmlung bei allen zur Haltung der Gesammmlung verpflichteten Behörden in der Provinz Posen und die Allerhöchste Kabinettsordre vom 20. Juni 1816 (Gesammmlung Bag. 445) führt überdies noch die Verordnung vom 27. Oktober 1810 als geltend ausdrücklich an, was Herr Bilaski auch nicht gewagt zu haben scheint. Anlangend die Behauptung, das Regulativ vom 14. April 1832 habe nicht den Werth eines Gesetzes, so wollen wir darüber die bestehenden Gesetze selber entscheiden lassen. §. 2 der Verordnung vom 27. Oktober 1810 jagt: „Es soll für jedes Regierungsdepartement ein Departementsblatt erscheinen, in welches alle Vorschriften und Publikationen aufzunehmen sind, welche das Departement allein betreffen.“ §. 6 des Gesetzes vom 28. März 1811 bestimmt: „Nur die in dieser Verordnung vorgeschriebenen oder befähigten Arten der Publikationen von Gesetzen und Verordnungen haben öffentliche Gültigkeit.“ §. 1 des Gesetzes vom 14. Januar 1813 verordnet: „Jedermann im Staate ist schuldig, die in die Gesammmlung und in die Amtsblätter eingerückten Gesetze und Verfügungen zu befolgen und sich darnach zu achten, sobald er davon Kenntniß erhalten hat.“ Und die Allerhöchste Ordre vom 20. September 1826 jagt: „daß nach den deutlichen Bestimmungen der Gesetze vom 27. Oktober 1810, 28. März 1811 und 14. Januar 1813 ein durch das Amtsblatt bekannt gemachtes Gesetz ohne Unterschied, ob es eine allgemeine auf sämtliche Unterthanen der Monarchie gerichtete Vorschrift oder eine nur die Eingeseffenen des einzelnen Regierungsbezirks verpflichtende Anordnung enthält, Gesetzeskraft erlange, und wennleich diese Bestimmung durch §. 1 des Gesetzes vom 3. April 1846 geändert ist, so hat dies nach §. 4 l. c. nicht rückwirkende Kraft.“ Das Regulativ vom 14. April 1832 ist im Amtsblatte abgedruckt, es ist Allerhöchst bestätigt im Landtagsabschiede vom 30. Dezember 1843 für den sechsten Provinziallandtag (Amtsblatt pr. 1844 Nr. 17), wird unter Nr. 14 des Regulativs vom 14. April 1832 als gesetzliche Bestimmung behandelt, der Landtagsabschied vom 27. Oktober 1845 verweist unter Nr. 26 ebenfalls darauf — und es gehört bei Berücksichtigung aller dieser Umstände wirklich eine eigenthümliche Anschauung dazu, zu behaupten: „dem Erlasse vom 14. April 1832 lege ich den Werth eines Gesetzes nicht bei.“

i Samter, 30. Sept. [Turnverein; Markt; häusliche Veränderungen.] Der hiesige Turnverein hat in der am 27. d. M. stattgehabten Generalversammlung seinen Anschluß an den Provinzial-Turnverband beschlossen. — Der heutige Jahrmarkt hier selbst war ziemlich stark besucht und vom schönsten Wetter begünstigt. Der Viehmarkt hatte zwar Auswahl, doch schienen die Stücke nicht von besonderer Güte zu sein. — Wer unsere Stadt vor etwa 15 Jahren gesehen, der wird ihre nächste Umgebung, so wie ihr Aussehen im Allgemeinen bedeutend verändert finden. Es sind mehrere größere Gebäude entstanden, auch werden Zug und Anstrich der Häuser jetzt weniger vernachlässigt, was der vor etwa zwei Jahren in diesem Sinne ergangenen Lokal-Polizeiverordnung zuschreiben sein dürfte. Zu wünschen ist, daß auch zur Beseitigung anderer Uebelstände die besessene Hand nach und nach angelegt werde. So ist z. B. das Steinpflaster hier selbst größtentheils schlecht, und den meisten hiesigen Hinterstraßen fehlt dasselbe noch ganz. In Folge des Chausseebaus sind zwei neue massive Brücken an die Stelle der alten hölzernen getreten, welche der Stadt grade nicht zur Bieder gereichten. Die nach dem Bahnhofe führende Rappel-Allee, deren Bäume schon recht stark geworden sind, gewährt einen angenehmen Spaziergang. Früher blieb das Wasser auf dem Fußwege dieser Allee an vielen Stellen stehen und es ist deshalb die vor einiger Zeit bewirkte Verbesserung durch das Aufschütten von Kies anzuerkennen. Der angenehme weitere Spaziergang geht den Bewohnern der hiesigen Stadt jetzt durch das Abholzen des etwa 1/4 Meile von hier gelegenen Waldes von Pfassow verloren. Das seit zwei Jahren als öffentliches Lokal eingerichtete Kölsche Etablissement bietet den Bewohnern Samters für den Sommer eine früher fast ganz entbehrte Annehmlichkeit. Dem strebenden Besucher ist es in kurzer Zeit gelungen, das wüste Grundstück in einen Garten umzuwandeln, der in der Entfernung schon einen guten Eindruck macht und für den Aufenthalt im Freien recht angenehm zu werden verspricht. Daß man auf der Chaussee nach diesem Lokale gelangt, erhöht den Werth desselben.

w Schrimm, 1. Oktober. Am 28. v. M. wurde der Probst Thietemann in seiner neuen Stellung zu Czempin installirt. Zu diesem Besuche traf der Herr Weihbischof Stefanowicz schon Tags zuvor mit dem Bahnzuge in Czempin ein und wurde von einer großen Menschenmenge festlich empfangen.

† Wronke, 29. September. [Schulwesen; Turnen; Meteor; Brückenangelegenheit; Unglücksfall.] Die hiesige zweite jüdische Lehrstelle ist seit geraumer Zeit nur immer vorübergehend besetzt gewesen, trotzdem die Stelle nicht gering dotirt ist. So hatte auch der bisherige Lehrer seit 1. Januar d. J. ange stellt, für die Stellung gedankt und ging auch bereit (Fortsetzung in der Beilage.)

am 15. d. Mts. von hier ab. Noch bei dessen Hiersein meldeten sich mehrere Lehrer und es wurde Lehrer G. Rosenthal aus Schrimm vom Schulvorstande gewählt. Herr Rosenthal ist in Schrimm definitiv angestellt und beauftragt daselbst auch hier. Dieser Tage ist nun auch bereits die Bestätigung des zc. Rosenthal von der k. Regierung eingegangen und zugleich die definitive Bestätigung festgesetzt. — Auch in den hiesigen Schulen hat der Turnunterricht einen erfreulichen Fortgang genommen, außer der jüdischen Schule, in welcher der Turnunterricht erst vom neuen Lehrer aufgenommen werden soll. Von der Kommune ist ein ziemlich geräumiger Platz angekauft und den hiesigen Schulen zur gemeinschaftlichen Benutzung übergeben. — Das bereits von mehreren Seiten beschriebene Meteor ist auch hier zu der bezeichneten Zeit gesehen worden. Die Erscheinung war in Form einer großen feurigen Kugel, dauerte einige Sekunden und verbreitete außergewöhnliche Helle.

Wie ich höre, schweben gegenwärtig mit der Eisenbahn-Verwaltungs-Verhandlungen wegen Freigabe der Eisenbahnbrücke für den öffentlichen Verkehr. Es kann diesen Verhandlungen nur das günstigste Resultat gewünscht werden, da die Stadt bisher nur auf die Prämianstalt angewiesen und bei ungünstiger Jahreszeit von dem Verkehr mit den jenseitigen Ortschaften abgeschnitten ist. Auch für den Ausbau der Czarnikauer Chaussee wäre die Freigabe von großem Nutzen. Heute früh wurde auf dem Gute Neudorf der Kutscher von einem Pferde (Hengst) mit beiden Hinterfüßen der Art vor die Brust geschlagen, daß der Unglückliche auf der Stelle seinen Geist aufgab. Derselbe hinterläßt eine Frau und 2 kleine Kinder in gerade nicht günstigen Umständen.

s. Breschen, 30. September. In der Nacht vom 26. zum 27. d. M. kamen mehrere hiesige Frachtfuhrleute von Posen zurück. Der Knecht des hiesigen Fuhrmanns Sokolzewski war während der Fahrt auf dem Wagen sitzend in Folge Ermüdung und Genußes geistiger Getränke eingeschlafen und fiel von dem schwer beladenen Wagen. Der letztere ging ihm über den Unterleib und beschädigte ihn so, daß er trotz ärztlicher Hülfe unter unfähigen Schmerzen heute starb.

Herr Eduard Herse ist auf Vorschlag der Handelskammer von dem Magistrat zu dem Ehrenamt eines Mitgliedes der Marktpreis-Kommission ernannt und heute verpflichtet worden.

Posen, den 1. Oktober 1862.
Königl. Polizei-Präsident.
v. Baerensprung.

Monats-Uebersicht
der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

Activa.	
Geprägtes Geld	Thlr. 335,620.
Noten der preuß. Bank und Kassenanweisungen	3,460.
Wechsel	1,752,470.
Kommand-Bestände	238,290.
Effekten	39,820.
Grundstück und diverse Forderungen	111,690.
Passiva.	
Noten im Umlauf	Thlr. 991,620.
Forderungen von Korrespondenten	90,540.
Bergmännische Depositionen mit 2monatlicher Kündigung	287,210.
Posen, den 30. September 1862.	
Die Direktion.	
Giu.	

Bekanntmachung
Der über das Vermögen des Möbelhändlers **Harwig Kornitzer** zu Posen eröffnete kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren ist durch rechtskräftig bestätigten Aktord beendet.

Posen, den 15. September 1862.
Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Zivilsachen.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 30. April 1862.
Das dem **Gottfried Wächler** gehörige, zu **Wadowice** Nr. 4 belegene Grundstück, abgetheilt auf 6250 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypothekeneintrag in der Registratur einzuführenden Taxe, soll

am 4. Dezember 1862

Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekeneintrag nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus dem Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Bekanntmachung.
In der hiesigen Anstalt sollen circa 20 Str. Lumpen an den Meistbietenden verkauft werden, wozu ein Termin am

14. Oktober d. J.,
Morgens 10 Uhr,

anberaumt ist.
Kofen, den 30. September 1862.
Die Direktion der Korrektions-Anstalt.

Ediktal-Citation.

Der am 14. Juli 1826 zu **Geirichsdorf** geborne **Knecht Jakob Krawitz**, ein Sohn des am 4. September 1838 verstorbenen Einliegers **Stephan Krawitz**, welcher im Jahre 1849 nach Posen verzogen und seit dieser Zeit verstorben ist, sowie dessen unbekannter Erben und Erbennehmer werden hierdurch aufgefordert, sich vor oder spätestens in dem auf den

17. Juli 1863
Vormittags 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Kreisgerichts-Direktor im Rathbeizimmer Nr. 1 hieselbst anstehenden Termine entweder persönlich oder schriftlich zu melden und die weitere Anweisung zu erwarten.

Sollte der hierdurch Vorgeladene sich weder vor noch in dem Termine melden, so wird er für todt erklärt und sein Nachlaß wird den sich

melgenden und ausweisenden Erben, in deren Ermangelung aber dem königlichen Fiskus zugeworfen werden.

Posen, den 25. September 1862.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Königl. Friedr. Wilh. Gymnasium zu Posen.
Die Anmeldung von Schülern für die Vorbereitungsklassen erbitte ich mir Sonnabend den 4. October Vorm. von 8—11 Uhr, für die Gymnasialklassen Montag den 13. October.
Dr. Sommerbrodt.

Ein Gut, mit den nöthigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, gegen 2000 Morg. groß, worunter 800 Morgen guter Acker, ein See, Krugnahrung, bedeutender 20jähriger Schomung und abgetriebenen Walddarcellen (Neuland), ist unter soliden Bedingungen mit Einschnitt und Einfaß zu verkaufen.

Die Lage ist günstig, an der Chaussee und Eisenbahn gelegen. Nähere Auskunft ertheilt der Agent **Fabian** in Gryn.

Ein renommirtes Puggeschäft ist wegen Familienverhältnissen sofort zu verkaufen. Unter Chiffre **E. K.** poste restante **Breslau** franco.

Seit dem 1. d. M. bin ich als Rechtsanwalt und Notar in Posen angestellt. Mein Bureau befindet sich Sapiehaplatz 4 part.

Mützel.

Geschäfts-Eröffnung.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage am hiesigen Blase

Markt Nr. 89
vis-à-vis dem Lokale der kaufmännischen Vereinigung

Cigarren-, Rauch- und Schnupftabak-Geschäft

en gros et en détail
unter der Firma

Adolph Russak

eröffnet habe.
Mein Unternehmen dem geehrten Publikum empfehlend, werde ich stets bemüht sein, mir das Vertrauen desselben zu erwerben und zu erhalten.
Posen, den 1. Oktober 1862.

Eochachtungsvoll
Adolph Russak.

Den geehrten Bewohnern Posen's und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich unter heutigem Datum eine Samenhandlung eröffnet habe. Außerdem sind in derselben vorräthig: Topfgewächse, Bouquets von lebenden Blumen gebunden in Pariser Manschetten (neueste Muster); ferner: Fabrikate von natürl. getrockneten Blumen und Gräsern, als: Bouquets, Kränze, Guirlanden, Polshaarpuk, Blumenkörbe, Ampeln, Vasen etc. Sämmtliche Sachen verfertige ich nach neuestem Geschmack zu billigen aber festen Preisen.
Posen, den 2. Oktober 1862.

A. Fleissig.
C. Hensen, Kunstgärtner.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum zeige ich ganz ergebenst an, daß ich mich als Maler in Posen etablirt habe und verspreche bei reeller Bedienung die solidesten Preise.
Herrmann Günther, Maler,
gr. Gerberstr. Nr. 38 in der „goldenen Kugel.“

Berliner Blumenwiebsen
als: **Hyacinthen, Tulpen, Aroten** etc. empfehle ich zu billigen Preisen und erlaube mir einem geehrten Publikum anzuzeigen, daß ich selbige nur bis Mitte Oktober trocken zum Verkaufe habe.

Eine komplette Pony-Equipage ist für 220 Thaler zu verkaufen in **Lowenich** bei **Schwerzenz.**

Frische Kieler Sprotten
empfang **Isidor Appel**, nebst d. f. Vant.

Telegramm.

Berlin, 2. Oktober. Die heutige „Sternzeitung“ bespricht in einem Leitartikel die Beschlüsse der Budgetkommission. Sie sagt, daß an die wirkliche Feststellung des Budgets vor dem 1. Januar nicht zu denken sei; in Betreff der Resolution der Budgetkommission, welche die durch das Abgeordnetenhaus abgelehnten Ausgaben als verfassungswidrig erklärt, führt der Artikel aus, daß der Beschluß des Abgeordnetenhauses, so definitiv und ausdrücklich er lauten möge, keine Folge haben kann, insofern er nicht durch die Zustimmung der beiden anderen Faktoren Gesetzeskraft erhält. Die Ablehnung des Abgeordnetenhauses im Staatshaushaltsetat gewinne erst praktische Bedeutung, wenn das Budget mit dieser Ablehnung Gesetz werde; dies kann aber nur durch die drei Faktoren der Gesetzgebung geschehen.

Warschau, 2. Oktober. Bei der gestrigen Eröffnung der Staatsrathssitzung äußerte der Großfürst in seiner in polnischer Sprache gehaltenen Rede: Die letzten schmerzlichen Ereignisse haben die guten Absichten des Kaisers nicht erschüttert. Er bedauere, die Gnadenprerogative rechtshalber nicht anwenden zu können. Von 499 polnischen Verhafteten büßen nur 69. Der Großfürst erwähnte dabei der in Ausführung gebrachten, verheißenen Institutionen.

Angekommene Fremde.

Vom 2. Oktober.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsbesitzer v. Kempicka aus Warschau, die Rittergutsbesitzer v. Starzyski aus Sokolnit, v. Wolniewicz aus Dembicz und Mittelfeld aus Kunowo.
SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Schlarbaum aus Görtatowo, Gutsbesitzer v. Bialoszyński aus Konowice, Rittergutsbesitzer v. Zakrzewski aus Cichowo und Hauslehrer Rauch aus Giesle.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Suchowski aus Konowo, v. Krzyzowski aus Sapowice, v. Wedel aus Schönfeld und v. Mufulowski aus Kottin, Frau Oberförster v. Trampczyńska aus Santomysl, Stud. jur. Krzyztoporski aus Sapowice, die Studenten Schmanowski und v. Dobrogowski aus Breslau.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Bellert aus Köln, Gesellschafterin Mif Hausville aus Gravesand, die Studenten v. Jarzobowski und v. Sawicki aus Lissa, Frau Gutsbesitzer v. Bagowsta aus Nieswiazkowice, die Gutsbesitzer Naglo nebst Frau aus Bielawy und v. Sawicki aus Kl. Rybno.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer v. d. Hagen aus Sarbia, die Kaufleute Fies aus Düren, Vincent, Haase und Deutsch aus Berlin.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Sängerin Fräulein Miller aus Berlin, die Kaufleute Stritt aus Lenzkirch, Donath aus Berlin und Schneider aus Dresden.
BAZAR. Meßsor Jazdzewski aus Breschen, Frau Gutsbesitzer Gräfin Storzewska aus Kl. Jezioro, die Gutsbesitzer Graf Mielzyski aus Gr. Jezioro, v. Kozutski aus Wargowo, v. Lutoski aus Polen, v. Lofow aus Boruszyn, v. Gutowski aus Muchocin, v. Krzyzowski aus Popowo, v. Stablowski aus Balesie, v. Strzembowski aus Muchlin und v. Lutoski aus Staw.
EICHENER BORN. Vergolder Gasiński aus Rumit.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Reitpferd-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich

Freitag den 3. Oktober c.
Mittags um 12 Uhr in dem Auktionslokal
Magazinstraße Nr. 1

ein gut gerittenes Reitpferd,
dunkelbraune Stute,
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung
versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Nachlaß-Auktion.

Freitag den 3. Oktober c.,
Vormittags von 9 Uhr ab werde ich in
dem Auktionslokal Magazinstraße 1
einen Nachlaß, bestehend aus

**Mahagoni-
und Birken-Möbel,**
als: 1 mahagoni Flügel, Sopha's,
Tische, Stühle, Kommoden, Spiegel,
Waschtoiletten, Bettstellen, Servante,
Bücher-, Kleider- und Küchenspinde,
Schiffoniere, Tisch- und Wanduhren,
Betten, Kleider, Wäsche, Kupfer-, Glas-,
Porcellan- und Hausgeräth,

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung
versteigern. **Zobel**, gerichtl. Auktionator.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage am hiesigen Blase

Markt Nr. 89
vis-à-vis dem Lokale der kaufmännischen Vereinigung

Cigarren-, Rauch- und Schnupftabak-Geschäft

en gros et en détail
unter der Firma

Adolph Russak

eröffnet habe.
Mein Unternehmen dem geehrten Publikum empfehlend, werde ich stets bemüht sein, mir das Vertrauen desselben zu erwerben und zu erhalten.
Posen, den 1. Oktober 1862.

Eochachtungsvoll
Adolph Russak.

Den geehrten Bewohnern Posen's und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich unter heutigem Datum eine Samenhandlung eröffnet habe. Außerdem sind in derselben vorräthig: Topfgewächse, Bouquets von lebenden Blumen gebunden in Pariser Manschetten (neueste Muster); ferner: Fabrikate von natürl. getrockneten Blumen und Gräsern, als: Bouquets, Kränze, Guirlanden, Polshaarpuk, Blumenkörbe, Ampeln, Vasen etc. Sämmtliche Sachen verfertige ich nach neuestem Geschmack zu billigen aber festen Preisen.
Posen, den 2. Oktober 1862.

A. Fleissig.
C. Hensen, Kunstgärtner.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum zeige ich ganz ergebenst an, daß ich mich als Maler in Posen etablirt habe und verspreche bei reeller Bedienung die solidesten Preise.
Herrmann Günther, Maler,
gr. Gerberstr. Nr. 38 in der „goldenen Kugel.“

Berliner Blumenwiebsen
als: **Hyacinthen, Tulpen, Aroten** etc. empfehle ich zu billigen Preisen und erlaube mir einem geehrten Publikum anzuzeigen, daß ich selbige nur bis Mitte Oktober trocken zum Verkaufe habe.

Eine komplette Pony-Equipage ist für 220 Thaler zu verkaufen in **Lowenich** bei **Schwerzenz.**

Frische Kieler Sprotten
empfang **Isidor Appel**, nebst d. f. Vant.

Woll-Watte,

leicht, gesund und preiswürdig, empfiehlt in grau und weiß

Anton Schmidt

(Leinen- und Teppichlager)

Aus meinem Möbelgeschäfte habe diverse ausrangirte Möbel zu sehr billigen Preisen und stehen solche bei mir im Hofe zur Ansicht bereit.

S. Jacob Mendelsohn,

Wilhelmsstraße Nr. 23.

!Neue Erfindung!

ANILIN-

unverlöschliche, chemische Stahlfeder-Schreib- und Copir-Tinte,

welche die bisherigen Gattungen von Tinte in jeder Beziehung übertrifft.
Geprüft von den anerkanntesten Kapazitäten.

Seit der kurzen Zeit, daß ich mit diesem neuen Fabrikate hervorgetreten, sind mir sowohl aus dem engeren Vaterlande, als auch vom fernsten Auslande die unzweideutigsten Beweise der Anerkennung und Befriedigung zugegangen.

Ich empfehle daher zur noch weiteren Verbreitung meine Anilintinte einem geehrten Publikum zur gefälligen Prüfung, und bemerke dabei, daß ich dieselbe in zwei verschiedenen Farbennuancen und zwar

„in einer rothvioletten und einer blauvioletten Tinte“
darstelle, welche beide frei von ägenden Bestandtheilen sind, nie Bodensatz bilden, in einer für das Auge angenehmen Farbe leicht aus der Feder fließen und in das tiefste Schwarz nachdunkeln, sich auch vorzüglich für Behörden, besonders zur Anfertigung werthvoller jahrelang aufzubewahrender Schriftstücke eignen, da die Schrift keiner Zerkörung unterliegt; ihre Kopie-Abzüge erscheinen sauber, korrekt und tief schwarz.

Alleiniges Depot für die Provinz Posen in der Papier- und Tabak-Handlung von **Salomon Lewy** in Posen, Breitestraße 21,

woselbst meine Anilin-Tinte zu folgenden Fabrikpreisen verkauft wird.
1/4 Flaschen à 10 Sgr., 1/2 Flaschen à 6 Sgr.,
3/4 „ „ 3 „ „ 2 „ „

Jede Flasche ist mit meiner Firma versehen, worauf genau zu achten bitte.
Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

Nur allein echt aus der königl. sächsischen privil. Chem. Fabrik von **Carl Haselhorst** in Dresden.

Ich wohne jetzt
am Neupfädtischen Markt
Nr. 1, Parterre.

Dr. Levisseur,
Reg. und Medizinalrath a. D.

Hiermit erlaube ich mir einem geehrten Publikum ergebenst anzuzeigen, daß ich mein neues Geschäftslokal **Krämer- und Bronnerstraßen-Ecke Nr. 1** im Kranschen Hause des Baues wegen erst am 8. Oktober c. öffnen werde.

Siegmund Sax, Breslauerstraße Nr. 2.

Vereinigte Dampfschiffahrt
zwischen
Stettin, Swinemünde, Putbus, Stralsund und Greifswald

vermittelt der beiden Personen-Dampfer
„Rügen.“ Kapl. Raupert,
„Princess Royal Victoria.“ Kapl. Ruth.

Fahrplan.
„R ü g e n.“
Vom 2. Oktober bis auf Weiteres
von Stettin nach Swinemünde, Putbus
und Stralsund.

Mittwoch
Sonntag
6 1/2 Uhr Morgens.

Von Stralsund nach Putbus, Swinemünde und Stettin.

Montag
Donnerstag
6 Uhr Morgens.

Expedition des „Rügen“ in Stettin,
Dampfschiffbureau: Herm. Schulze.

Heinrich Israel,
Stralsund.

„Princess Royal Victoria.“
Fahrplan.
Vom 2. Oktober bis auf Weiteres
von Stettin nach Swinemünde, Putbus
und Greifswald.

Dienstag
Freitag
6 1/2 Uhr Morgens.

Von Greifswald nach Putbus, Swinemünde und Stettin.

Mittwoch
Sonntag
6 1/2 Uhr Morgens.

NB. Für Passagiere nach Stralsund schließt sich in Greifswald Post und Omnibus zur Weiterreise an.

J. F. Braeunlich,
Stettin, Krautmarkt Nr. 11.



Stettin-Wollin-Camminer Dampfschiffahrt

vermittelt der Personen-Dampfschiffe
„Die Diwenow“ und „Misdroy“
täglich mit Ausnahme der Sonntage.

Von Stettin nach Wollin und Cammin
1 Uhr Mittags.
Billets sind am Bord der Schiffe zu lösen.
In Wollin schließt sich die Post nach und von Swinemünde, ebenso in Cammin
nach und von Greifenberg an die Dampfschiffe.

J. F. Braeunlich,
Stettin, Krautmarkt Nr. 11, eine Treppe.

Zwei freundliche, möblierte Zimmer in der Friedrichstraße vornheraus, sind vom 3. die-
ses Monats zu vermieten. Näheres Markt Nr. 79 im Geschäftslokale.

Ich wohne jetzt Jesuitenstraße Nr. 11.
S. Szamotolski.

**Unter-Einnehmer der Preuss.
Lotterie,** welche ein einträgliches Ne-
bengeschäft übernehmen wollen, belieben
sich franco zu wenden an
E. Calmann in Hamburg.

Ein Lehrling mit schöner Handschrift
kann sofort bei mir eintreten.
Josid. Cohn, Berlinerstraße.
Ein Lehrling kann sofort eintreten beim Ta-
pezier **Sturzel,** Wilhelmplatz 9.

Berichtigung.

In meiner gestrigen Anzeige (Beilage Nr.
228 d. B.) muß es erste und zweite Zeile von
oben heißen:

Feinstohlen-Preis-Kurant
der Holz-, Kohlen- und Kalk-
Handlung.
Carl Hartwig.

Im Tempel der Brüdergemeinde, Freitag
Abend und Sonnabend: Gottesdienst und
Predigt des Rabbiners Hrn. Dr. Perles.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Berlin: Frl. Bertha
Fömel mit Hrn. Th. Viktorius, Frl. Marie
Evers mit Hrn. Carl Born, Frl. Marianne
Diederich mit Hrn. E. Hefer, Waltersdorf:
Frl. Lina Lindenberg mit Hrn. Alb. Wun-
dahl, Köpenick: Frl. Em. Hansmann mit dem
Lehrer Ad. Freyer, Götting: Frl. Karoline
v. Proich mit dem Prem.-Rat. Hermann
v. Voßen, Tamsel: Frl. Karoline Urban mit
dem Baumeister Emil Sieck, Wöden: Frl.
Betty geb. Grün vom Hagen mit dem Ritt-
meister a. D. Albert v. Neuf, Ludwigsburg:
Frl. Anna geb. Baronesse v. Rodde mit dem

Rittmeister Hugo v. Boddien, Grindon-Hall:
Miss Jane mit dem Prem.-Rat. Moritz von
Kunowski, Berlin: Frl. F. Lenz mit Hrn.
E. Wolke.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Zahn
in Neudamm, dem Hrn. R. Jänisch in Briesen,
dem Hrn. Wietbold auf Kereke bei Kolberg,
dem Hauptm. Man. dem Oberinsp. Drenke,
dem Hrn. A. Kollpre, dem Lehrer Seifert, dem
Buchhändler Beck, dem Hrn. R. Werner, dem
Hrn. Gerchow in Berlin, dem Wagenfabrik.
Knecht in Berleberg, dem Pastor Streder in
Prilp, dem Hauptm. v. Bedtowitz in Magde-
burg; eine Tochter dem Herrn Schröder, dem
Hrn. Behrendt, dem Hrn. Rothstein in Ber-
lin, dem Rittmeister a. D. Neufel in Götting,
dem Hrn. v. Gottberg in Stolp, dem Herrn
Peuder auf Burg Flechtingen, dem Gymnas.
Lehrer Siegfried in Magdeburg, dem Herrn.
Bedlig-Neufeld in Kaufungen.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 2. Oktober 1862.

Fonds.	Br. Gd. bez.
Posener 4% alte Pfandbriefe	105
3 1/2%	99 1/2
4% neue	99 1/2
Reutenbriefe	99 1/2
Provinzial-Bankaktien	99 1/2
5% Prov.-Obligat.	99 1/2
5% Kreis-Obligat.	99 1/2
5% Brau-Mel.-Oblig.	102 1/2
4% Kreis-Obligat.	98
4% Stadt-Oblig.	98
Preuß. 3 1/2% Staats-Schuldsch.	98
4% Staats-Anleihe	98
4 1/2% Freim.-Anleihe	98
4 1/2% St.-Anl. exl. 50u52	107 1/2
5% Staats-Anleihe	107 1/2
3 1/2% Prämien-Anleihe	107 1/2
Schlesische 3 1/2% Pfandbriefe	88
Westpreuß. 3 1/2%	88
Polnische 4%	88

Oberfchl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	Br. Gd. bez.
Prior. Akt. Lit. E.	—
Stargard-Pof. Eisenb. St. Akt.	—
Polnische Banknoten	88 1/2
Ausland. Banknoten große Ap.	—
Neueste 5% Russ. Engl. Anleihe	—
5% Hypothekbank-Certifikate	—
Roggen fest pr. Okt. 42 1/2 bz. u. G.	43 Br.
Okt.-Nov. 41 1/2 Gd., 42 Br., Novbr.-Dezbr.	41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/2 Br., 41 Gd., Juli-Aug. 41 1/2 Br., 41 Gd., Aug.-Sept. 41 1/2 Br., 41 Gd., Sept.-Okt. 41 1/2 Br., 41 Gd., Okt.-Nov. 41 1/2 Br., 41 Gd., Nov.-Dez. 41 1/2 Br., 41 Gd., Dez.-Jan. 41 1/2 Br., 41 Gd., Jan.-Febr. 41 1/2 Br., 41 Gd., Febr.-März 41 1/2 Br., 41 Gd., März-April 41 1/2 Br., 41 Gd., April-Mai 41 1/2 Br., 41 Gd., Mai-Juni 41 1/2 Br., 41 Gd., Juni-Juli 41 1/